Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz

2025/2009(INI)

10.4.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 299

Entwurf eines Berichts
Anna-Maja Henriksson
(PE769.908v01-00)

Umsetzung und Straffung der EU-Binnenmarktvorschriften zur Stärkung des Binnenmarkts
(2025/2009(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ***ist***, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie ***sowohl*** den Unternehmen ***als auch*** den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird;	A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds***, mit dem ein hohes Maß an Verbraucherschutz angestrebt wird, eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft, die auf Vollbeschäftigung und sozialen Fortschritt ausgerichtet ist, sowie ein hohes Maß an Umweltschutz und die Verbesserung der Umweltqualität im Einklang mit Artikel 3 Absatz 3 EUV*** von wesentlicher Bedeutung ***sind***, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum***, gute Arbeitsbedingungen, den sozialen Fortschritt, die Nachhaltigkeit***, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie ***der Umwelt,*** den Unternehmen***, den Beschäftigten, den Bürgerinnen und Bürgern sowie*** den ***Verbraucherinnen und*** Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert ***und die nachhaltige Entwicklung Europas für alle gefördert*** wird;

Or. en

Änderungsantrag 2
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines ***wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten*** Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird;	A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines ***zweckmäßigen, intelligenten und gestrafften*** Regelungsumfelds***, mit dem ein hohes Maß an Verbraucherschutz angestrebt wird,*** von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum***, hochwertige Arbeitsplätze***, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird***, wobei zugleich die uneingeschränkte Wahrung der höchsten Sozial- und Umweltstandards sicherzustellen ist***;

Or. en

Änderungsantrag 3
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese	A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist ***und eine Bevölkerung von rund 450 Millionen Menschen hat***; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen

Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert ***wird***;	der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert***, unnötige Belastungen verringert und gleiche Wettbewerbsbedingungen sichergestellt werden***;

Or. en

Änderungsantrag 4
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, ***das Vertrauen*** der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie ***sowohl*** den Unternehmen ***als auch den Verbrauchern*** zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird;	A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, ***den Schutz*** der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie den Unternehmen zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird***, und den Verbrauchern, indem sie ein umfangreicheres und besseres Angebot erhalten***;

Or. en

Änderungsantrag 5
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und ***vereinfachten Regelungsumfelds*** von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der ***EU*** in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen ***so gestaltet sein*** sollten, ***dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen***, indem der Marktzugang verbessert wird;	A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und ***deregulierten Umfelds*** von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der ***europäischen Volkswirtschaften*** in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen ***in erster Linie den Interessen der Volkswirtschaften und der Bürgerinnen und Bürger der einzelnen Länder dienen*** sollten, indem der ***faire und gegenseitige*** Marktzugang verbessert wird;

Or. en

Änderungsantrag 6
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und ***vereinfachten*** Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, ***das Vertrauen*** der Verbraucher ***und*** Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird;	A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und ***gestrafften*** Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, ***den Schutz*** der Verbraucher***,*** Innovationen ***und einen gerechten grünen Wandel*** zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird;

Or. en

Änderungsantrag 7
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Erwägung A

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang verbessert wird;	A. in der Erwägung, dass die EU einer der größten Wirtschaftsblöcke der Welt ist; in der Erwägung, dass die Gewährleistung eines wettbewerbsfähigen, dynamischen und vereinfachten Regelungsumfelds von wesentlicher Bedeutung ist, um die Position der EU in der Welt zu stärken und das langfristige Wachstum, das Vertrauen der Verbraucher und Innovationen zu fördern; in der Erwägung, dass diese Bemühungen so gestaltet sein sollten, dass sie sowohl den Unternehmen als auch den Verbrauchern zugutekommen, indem der Marktzugang ***vereinfacht und*** verbessert wird;

Or. de

Änderungsantrag 8
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass sich die Union in den Bereichen Digitalisierung, Nachhaltigkeit, Produktsicherheit und Verbraucherschutz in einem tiefgreifenden Wandel befindet; in der Erwägung, dass die Vereinfachung des Regelungsumfelds, die Vermeidung von Überschneidungen und die Sicherstellung der regulatorischen Kohärenz einen

reibungslosen Übergang zu einem stärker digitalisierten, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Binnenmarkt zum Nutzen sowohl der Unternehmen als auch der Verbraucher unterstützen werden; in der Erwägung, dass Vereinfachung nicht bedeuten sollte, dass die Ambitionen der EU im Bereich des ökologischen und digitalen Wandels zurückgenommen werden;

Or. en

Änderungsantrag 9
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass in den Berichten von Draghi und Letta regulatorische Komplexität und die uneinheitliche Umsetzung der EU-Vorschriften als wesentliche Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts genannt wurden;	***entfällt***

Or. de

Änderungsantrag 10
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass in den Berichten von Draghi und Letta regulatorische Komplexität und die uneinheitliche Umsetzung der EU-Vorschriften als wesentliche Hindernisse	B. in der Erwägung, dass in den Berichten von Draghi und Letta regulatorische Komplexität und die uneinheitliche Umsetzung der EU-Vorschriften als wesentliche Hindernisse

für die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts genannt wurden;

für die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts genannt wurden; ***in der Erwägung, dass in den Berichten hervorgehoben wird, dass die übermäßige Regulierungstätigkeit der Kommission und der beiden gesetzgebenden Organe verringert werden muss; in der Erwägung, dass laut dem Draghi-Bericht in den Vereinigten Staaten zwischen 2019 und 2024 auf Bundesebene etwa 3500 Rechtsvorschriften erlassen und rund 2000 Beschlüsse gefasst wurden, während im gleichen Zeitraum in der Europäischen Union etwa 13000 Rechtsakte angenommen wurden;***

Or. en

Änderungsantrag 11
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass in den Berichten von Draghi und Letta regulatorische Komplexität und die uneinheitliche Umsetzung der EU-Vorschriften als wesentliche Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts genannt wurden;	B. in der Erwägung, dass in den Berichten von Draghi und Letta ***die Fragmentierung des Binnenmarkts,*** regulatorische Komplexität und die uneinheitliche Umsetzung der EU-Vorschriften als wesentliche Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts genannt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 12
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass in den Berichten von Draghi und Letta ***regulatorische Komplexität*** und die uneinheitliche Umsetzung der EU-Vorschriften als wesentliche Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts genannt wurden;	B. in der Erwägung, dass in den Berichten von Draghi und Letta ***übermäßige Regulierung*** und die uneinheitliche Umsetzung der EU-Vorschriften als wesentliche Hindernisse für die Wettbewerbsfähigkeit des EU-Binnenmarkts genannt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 13
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass die Verteidigungs- und Rüstungsindustrie gemäß den Verträgen in der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleibt; in der Erwägung, dass sich die Struktur und die Fähigkeiten der Verteidigungsindustrie in den Mitgliedstaaten erheblich unterscheiden und sich in unterschiedlichen Entwicklungs- und Konsolidierungsphasen befinden; in der Erwägung, dass diese Branche nicht unter die Vorschriften des Binnenmarkts fällt und zu Recht außerhalb seines Anwendungsbereichs bleibt, da sie ein grundlegender Bestandteil der nationalen Sicherheits- und Verteidigungsarchitektur jedes Mitgliedstaats ist;

Or. en

Änderungsantrag 14
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass in der Mitteilung der Kommission mit dem Titel „A simpler and faster Europe“ (Ein einfacheres und schnelleres Europa) zu Recht betont wird, dass schnelle und sichtbare Verbesserungen durch intelligentere Rechtsetzung, wirksamere Umsetzung und bessere Einbeziehung der Interessenträger erforderlich sind; in der Erwägung, dass systematische und zeitnahe Folgenabschätzungen, auch zu den seitens der beiden gesetzgebenden Organen vorgenommenen Änderungen, von wesentlicher Bedeutung sind, um die Qualität, Vorhersehbarkeit und Durchsetzbarkeit der Rechtsvorschriften der Union sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 15
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass die Auswirkungen regionaler Angebotsbeschränkungen auf den Binnenmarkt, die KMU und die Kaufkraft der Unionsbürgerinnen und -bürger erheblich sind, da diese Beschränkungen den Verbraucherinnen und Verbrauchern in der EU nach Angaben der Kommission jährlich Kosten in Höhe von mehr als 14 Mrd. EUR verursachen;

Or. en

Änderungsantrag 16
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;	***entfällt***

Or. de

Änderungsantrag 17
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;	C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern; ***in der Erwägung, dass diese Fragen im Vergleich zu den grundlegenden Herausforderungen, vor denen der europäische Verteidigungssektor steht, von untergeordneter Bedeutung sind,***

insbesondere das Versäumnis bestimmter europäischer Mitgliedstaaten, wesentliche Verteidigungsverpflichtungen zu erfüllen, einschließlich unzureichender Verteidigungsausgaben und des Fehlens einer kohärenten, langfristigen Beschaffungspolitik; in der Erwägung, dass bestimmte politische Maßnahmen und Strategien der EU – insbesondere der europäische Grüne Deal – zu einer Krise beigetragen haben, von der unter anderem die Schwerindustrie betroffen ist, die eine wesentliche Säule der industriellen Basis im Verteidigungsbereich darstellt;

Or. en

Änderungsantrag 18
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur ***Vereinfachung*** der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;	C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur ***Stärkung*** der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen***, die Leistungsfähigkeit zu verbessern*** und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 19
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag

Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;	C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit***, strategische Autonomie*** und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 20
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;	C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die ***gemeinsame öffentliche*** Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 21
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts ***zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU*** die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;	C. in der Erwägung, dass in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts die strategische Notwendigkeit hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung zu beschleunigen und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 22
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Erwägung C

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
C. in der Erwägung, dass ***in den Bemerkungen des Niinistö-Berichts zur Vereinfachung der Verteidigungsindustrie der EU die strategische*** Notwendigkeit ***hervorgehoben wird, die Vorschriften in Schlüsselsektoren zu straffen, um die Fragmentierung zu verringern, die Beschaffung*** zu beschleunigen ***und die Sicherheit und Wettbewerbsfähigkeit Europas zu fördern***;	C. in der Erwägung, dass ***im Verteidigungsbereich und in den strategischen Industriezweigen eine dringende*** Notwendigkeit ***besteht, die regulatorischen Belastungen zu verringern und die Beschaffungsprozesse*** zu beschleunigen***, wobei die Souveränität und die ausschließliche Zuständigkeit der Mitgliedstaaten in Verteidigungsfragen uneingeschränkt zu wahren sind***;

Or. en

Änderungsantrag 23
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der Jahresbericht 2025 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit und der Binnenmarkt- und Wettbewerbsanzeiger wichtige Informationen über den aktuellen Stand des Binnenmarkts liefern;	D. in der Erwägung, dass der Jahresbericht 2025 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit und der Binnenmarkt- und Wettbewerbsanzeiger wichtige Informationen über den aktuellen Stand des Binnenmarkts liefern; ***in der Erwägung, dass der Dienstleistungssektor aufgrund regulatorischer und administrativer Hindernisse nach wie vor besonders fragmentiert ist; in der Erwägung, dass es Einschränkungen beim Zugang zu reglementierten Berufen, Unterschiede bei den Steuer- und Beschäftigungsvorschriften sowie komplexe Verfahren für die Entsendung von Beschäftigten gibt; in der Erwägung, dass die mangelnde Harmonisierung weiterhin die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen, insbesondere durch KMU, behindert;***

Or. en

Änderungsantrag 24
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass der Jahresbericht 2025 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit und der Binnenmarkt- und Wettbewerbsanzeiger wichtige Informationen über den aktuellen Stand des Binnenmarkts liefern;	D. in der Erwägung, dass der Jahresbericht 2025 über den Binnenmarkt und die Wettbewerbsfähigkeit und der Binnenmarkt- und Wettbewerbsanzeiger wichtige Informationen über den aktuellen Stand des Binnenmarkts***, die Stimmung der Unternehmen und die Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Branchen*** liefern; ***in der Erwägung, dass jüngste Statistiken zeigen, dass die Fristen für die Genehmigung zur Eröffnung und Ausübung einer Geschäftstätigkeit in der EU nach wie vor deutlich länger ist als in***

konkurrierenden Regionen, wie etwa in den Vereinigten Staaten, wodurch Hindernisse für Investitionen und Innovationen entstehen;

Or. en

Änderungsantrag 25
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Erwägung D a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Da. in der Erwägung, dass die KMU, die 99 % der Unternehmen in der Union ausmachen, aufgrund komplexer, sich überschneidender und fragmentierter Vorschriften auf Unionsebene und nationaler Ebene mit unverhältnismäßigen regulatorischen Belastungen konfrontiert sind; in der Erwägung, dass durch diese Belastungen ihre Fähigkeit, zu investieren, zu expandieren und grenzüberschreitende Tätigkeiten im Binnenmarkt auszuüben, eingeschränkt wird; in der Erwägung, dass eine bessere Umsetzung, Vereinfachung und Überprüfung der KMU-Gerechtigkeit von Rechtsvorschriften unerlässlich sind, um die Verhältnismäßigkeit sicherzustellen und die Befolgungskosten zu senken, unter anderem durch die Beseitigung von Überregulierung und unnötigem Verwaltungsaufwand;

Or. en

Änderungsantrag 26
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Erwägung D b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Db. in der Erwägung, dass nationale Hindernisse für den freien Waren- und Dienstleistungsverkehr das Funktionieren des Binnenmarkts untergraben und KMU und grenzübergreifend tätige Unternehmen unverhältnismäßig stark betreffen; in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten nach wie vor nationale Maßnahmen erlassen, ohne die Notifizierungspflichten gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535 oder den Grundsatz der gegenseitigen Anerkennung zu beachten, was zu Rechtsunsicherheit, Doppelarbeit bei der Einhaltung der Vorschriften und erhöhten Kosten für grenzübergreifend tätige Unternehmen führt;

Or. en

Änderungsantrag 27
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Erwägung D c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Dc. in der Erwägung, dass nach Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) die Hindernisse im EU-Binnenmarkt einem Zollsatz von 45 % im verarbeitenden Gewerbe und von 110 % im Dienstleistungssektor entsprechen; in der Erwägung, dass eine solche Fragmentierung den Wettbewerb schwächt, Produktivität und Wachstum behindert und KMU unverhältnismäßig stark beeinträchtigt; in der Erwägung, dass die Beseitigung dieser Hindernisse das Funktionieren des Binnenmarkts und

die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU erheblich verbessern würde;

Or. en

Änderungsantrag 28
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Erwägung D d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Dd. in der Erwägung, dass eine konsequente Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften, auch durch schnellere und systematischere Vertragsverletzungsverfahren, von wesentlicher Bedeutung ist, um einen fairen Wettbewerb sicherzustellen, das Vertrauen der Unternehmen wiederherzustellen und die Verbraucher vor den Folgen von Marktfragmentierung und beschränktem Angebot zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 29
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Rechtsrahmen an globale bewährte Verfahren anzupassen; in	E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Rechtsrahmen an globale bewährte Verfahren anzupassen; in

der Erwägung, dass die Ansichten der Unternehmen berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die Wirtschaftstätigkeit unterstützt und ein positives Umfeld für Investitionen und Innovationen geschaffen wird;	der Erwägung, dass die Ansichten ***der Beschäftigten, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und*** der Unternehmen berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die Wirtschaftstätigkeit unterstützt und ein positives Umfeld für ***nachhaltige Entwicklung, Verbraucherschutz,*** Investitionen und Innovationen geschaffen wird***, während zugleich hohe Qualität und hohe Standards an den Arbeitsplätzen zu wahren und die Nachhaltigkeits- und Klimaziele zu erreichen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 30
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Rechtsrahmen an globale bewährte Verfahren anzupassen; in der Erwägung, dass die Ansichten der Unternehmen berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die ***Wirtschaftstätigkeit*** unterstützt und ein positives Umfeld für Investitionen und Innovationen geschaffen wird;	E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Rechtsrahmen an globale bewährte Verfahren anzupassen; in der Erwägung, dass die Ansichten der Unternehmen***, der Verbraucherinnen und Verbraucher, der Gewerkschaften, der Zivilgesellschaft, der Wissenschaft und anderer einschlägiger Interessenträger*** berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die ***Werte und Ziele der Union, das Wirtschaftswachstum und hochwertige Arbeitsplätze*** unterstützt ***werden*** und ein positives Umfeld für Investitionen und Innovationen geschaffen wird;

Or. en

Änderungsantrag 31
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass ***im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die*** Widerstandsfähigkeit ***des Binnenmarkts zu stärken, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Rechtsrahmen an globale bewährte Verfahren anzupassen***; in der Erwägung, dass ***die Ansichten*** der Unternehmen ***berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU*** die Wirtschaftstätigkeit ***unterstützt*** und ***ein positives Umfeld für*** Investitionen ***und Innovationen geschaffen wird***;	E. in der Erwägung, dass ***die Stärkung der*** Widerstandsfähigkeit ***des europäischen Marktes und die Verringerung des Verwaltungsaufwands notwendige Schritte zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit sind***; in der Erwägung, dass ***die politischen Maßnahmen der EU eng auf die tatsächlichen Bedürfnisse*** der Unternehmen ***abgestimmt sein müssen, wobei der Schwerpunkt auf der Deregulierung und der Beseitigung unnötiger Eingriffe liegen muss, durch die die*** Wirtschaftstätigkeit und Investitionen ***behindert werden***;

Or. en

Änderungsantrag 32
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu	E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu

stärken, ***den Verwaltungsaufwand*** zu verringern und den Rechtsrahmen an globale bewährte Verfahren anzupassen; in der Erwägung, dass die Ansichten der Unternehmen berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die Wirtschaftstätigkeit unterstützt und ein positives Umfeld für Investitionen und Innovationen geschaffen wird;	stärken, ***die Fragmentierung und die uneinheitliche Umsetzung*** zu verringern und den Rechtsrahmen an globale bewährte Verfahren anzupassen; in der Erwägung, dass die Ansichten der Unternehmen ***und der Akteure der Zivilgesellschaft*** berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die Wirtschaftstätigkeit unterstützt und ein positives Umfeld für Investitionen und Innovationen geschaffen wird;

Or. en

Änderungsantrag 33
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Erwägung E

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Rechtsrahmen an ***globale*** bewährte Verfahren anzupassen; in der Erwägung, dass die Ansichten der Unternehmen berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die Wirtschaftstätigkeit unterstützt und ein positives Umfeld für Investitionen und Innovationen geschaffen wird;	E. in der Erwägung, dass im Kompass für Wettbewerbsfähigkeit und im Arbeitsprogramm der Kommission für 2025 ambitionierte politische Ziele festgelegt sind, deren Zweck es ist, die Widerstandsfähigkeit des Binnenmarkts zu stärken, den Verwaltungsaufwand zu verringern und den Rechtsrahmen an bewährte Verfahren anzupassen; in der Erwägung, dass die Ansichten der Unternehmen ***und Bürger*** berücksichtigt werden müssen, damit durch die politischen Maßnahmen der EU die Wirtschaftstätigkeit unterstützt und ein positives Umfeld für Investitionen und Innovationen geschaffen wird;

Or. de

Änderungsantrag 34
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die derzeitigen Bemühungen der Kommission, die Rechtsvorschriften zu vereinfachen und regulatorische Hindernisse abzubauen, eine von vielen Initiativen darstellen, die im Laufe der Jahre ergriffen wurden; in der Erwägung, dass zugleich die parallele Umsetzung verschiedener politischer Maßnahmen und Strategien der Union – insbesondere des europäischen Grünen Deals sowie von Verordnungen im Zusammenhang mit der nachhaltigen Entwicklung und dem digitalen Wandel – neue Verpflichtungen mit sich bringt, den Verwaltungsaufwand erhöht und zur zunehmenden Komplexität des Rechtsrahmens beiträgt; in der Erwägung, dass insbesondere für den Sektor der kleinen und innovativen Unternehmen das zunehmende Volumen an Vorschriften und Berichtspflichten eine erhebliche Herausforderung darstellt und ihre Wettbewerbsfähigkeit und Wachstumsfähigkeit einschränkt;

Or. en

Änderungsantrag 35
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass frühere Versuche, den Verwaltungsaufwand zu vereinfachen und zu verringern, wie im Fall der Überarbeitung der Richtlinie über das öffentliche Auftragswesen im Jahr 2014, in einigen Fällen zu einer

verminderten Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Akteure geführt haben; in der Erwägung, dass der wichtigste Wettbewerbsvorteil Europas auf hohe Nachhaltigkeits- und Sozialstandards zurückzuführen ist; in der Erwägung, dass Vereinfachungen wichtig sind, um Unternehmen, insbesondere KMU, Möglichkeiten zum Erfolg zu bieten, jedoch niemals auf Kosten der Arbeitnehmer oder der Umwelt oder durch andere Formen der Deregulierung erfolgen dürfen;

Or. en

Änderungsantrag 36
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die Vereinfachungsbemühungen der Kommission, einschließlich der Omnibus-Pakete, weder das Ziel der europäischen Rechtsvorschriften untergraben noch den Verbraucherschutz und den digitalen Schutz in der EU, die Arbeitnehmerrechte oder die Sozial- und Umweltstandards senken sollten; in der Erwägung, dass es von entscheidender Bedeutung ist, einen fairen Rechtsrahmen zu gewährleisten und sicherzustellen, dass Vereinfachungsbemühungen nicht diejenigen benachteiligen, die frühzeitig Maßnahmen ergriffen haben, und dass Anreize für innovationsorientierte Unternehmen, die den wettbewerbsorientierten grünen und digitalen Wandel in der EU vorantreiben, nicht beseitigt werden;

Or. en

Änderungsantrag 37
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung E b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Eb. in der Erwägung, dass die Ausarbeitung, Umsetzung und Bewertung von Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt der Union sowie die Bewertung ihrer Auswirkungen unter aktiver Einbeziehung aller Akteure des Binnenmarkts – einschließlich Unternehmen, Arbeitnehmer und Verbraucher – und unter besonderer Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse und Perspektiven kleiner und mittlerer Unternehmen und Start-ups im Wege umfassender, transparenter und inklusiver öffentlicher Konsultationen erfolgen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 38
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Erwägung E b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Eb. in der Erwägung, dass ein rasches Vorantreiben erheblicher Änderungen an neu verabschiedeten Rechtsvorschriften ohne angemessene Konsultation der Interessenträger oder Folgenabschätzungen die Vorhersehbarkeit verringert und Unsicherheit hinsichtlich der Rechts- und Investitionsbedingungen für

Unternehmen in Europa schafft; in der Erwägung, dass europäische Unternehmen und Interessenträger von einem inklusiven Prozess, ordnungsgemäßen Konsultationen, einer faktengestützten Folgenabschätzung und einem ausgewogenen Ansatz profitieren würden;

Or. en

Änderungsantrag 39
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung E c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ec. in der Erwägung, dass bestehende Verordnungen sowohl in direktem Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts als auch horizontale Verordnungen, insbesondere Bestimmungen, die sich aus der Politik der Union für nachhaltige Entwicklung ergeben, wie die Richtlinie über die Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen (CSRD) und Gesetzgebungsinitiativen im Rahmen des europäischen Grünen Deals, kleine und mittlere Unternehmen, insbesondere Kleinstunternehmen und neu gegründete Marktteilnehmer, einschließlich Start-up-Unternehmen, unverhältnismäßig stark belasten und dadurch ihre Fähigkeit zu Wachstum, Innovation und uneingeschränkter Teilnahme am Binnenmarkt, insbesondere im Hinblick auf grenzübergreifende Tätigkeiten, einschränken;

Or. en

Änderungsantrag 40
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Erwägung E c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ec. in der Erwägung, dass sich die Bemühungen um eine Verbesserung und Straffung der EU-Rechtsvorschriften darauf konzentrieren sollten, die Qualität, Klarheit und Kohärenz zu verbessern und die Fragmentierung bei der Umsetzung der EU-Vorschriften zu verringern, um sicherzustellen, dass die EU-Vorschriften unionsweit rechtssicher und einheitlich angewandt werden und für Unternehmen, Verbraucher, Behörden und andere Interessenträger gleichermaßen zugänglich und verständlich sind;

Or. en

Änderungsantrag 41
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Erwägung E d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ed. in der Erwägung, dass die übermäßige Zahl spezifischer EU-Verordnungen in den Bereichen Digitales und Technologie, ihre zunehmende Komplexität und häufige Änderungen einen erheblichen Verwaltungsaufwand für Unternehmen, insbesondere für Start-up-Unternehmen, mit sich bringen; in der Erwägung, dass eine solche gesetzgeberische Dynamik für diejenigen, die in der Union innovativ sein wollen, abschreckend wirken und ihre Fähigkeit einschränken kann, im Binnenmarkt und

auf dem Weltmarkt zu expandieren und wirksam zu konkurrieren;

Or. en

Änderungsantrag 42
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Erwägung E d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ed. in der Erwägung, dass unter „Überregulierung“ Praktiken zu verstehen sind, die dazu führen, dass Mitgliedstaaten zusätzliche ungerechtfertigte Verwaltungsanforderungen einführen, die in keinem Zusammenhang mit den Zielen der Rechtsvorschriften stehen und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts untergraben können; in der Erwägung, dass Überregulierung jedoch von der Festlegung höherer Standards, die über die EU-weiten Mindeststandards für Umwelt- und Verbraucherschutz, Gesundheitsversorgung und Lebensmittelsicherheit hinausgehen, unterschieden werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 43
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die EU im Hinblick auf	1. betont, dass die EU im Hinblick auf

die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten Schlüsselfaktoren ***für das*** Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***sind***; betont, dass die ***Förderung***, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften ***und die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften*** den Binnenmarkt stärken***, wodurch*** Wettbewerbsfähigkeit, ***wirtschaftlicher*** Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation ***gefördert*** werden;	die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten Schlüsselfaktoren ***sind, die zum*** Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***beitragen***; ***stellt ferner mit Besorgnis fest, dass der präskriptive Ansatz der EU, der häufig spezifische technologische Lösungen vorschreibt, den Grundsatz der Technologieneutralität untergräbt, wodurch Innovationen begrenzt und die Kosten für die Unternehmen erhöht werden;*** betont, dass die ***Verringerung***, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften ***– bei gleichzeitiger Wahrung der Technologieneutralität –*** den Binnenmarkt stärken ***sowie*** Wettbewerbsfähigkeit, ***wirtschaftlichen*** Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation ***fördern*** werden;

Or. en

Änderungsantrag 44
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass ***Regulierungs- und Verwaltungslasten Schlüsselfaktoren*** für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***sind***; betont, dass die Förderung***,*** Straffung ***und Vereinfachung*** von Vorschriften und die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den	1. betont, dass die EU ***in manchen Branchen*** im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; ***weist darauf hin, dass sich die Industrie in vielen Mitgliedstaaten nicht an innovative und nachhaltige Lösungen angepasst hat, wodurch sie gegenüber Drittländern benachteiligt ist;*** erkennt an, dass ***der Binnenmarkt stellenweise nach wie vor zu stark fragmentiert ist, was ein Schlüsselfaktor*** für das Zurückfallen der

Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;	EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***ist***; betont, dass die Förderung ***und*** Straffung von Vorschriften und die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 45
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten ***Schlüsselfaktoren*** für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen sind; ***betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften und die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;***	1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass ***fehlgeleitete Währungspolitik, überbordende*** Regulierungs- und Verwaltungslasten ***Hauptgründe*** für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen sind;

Or. de

Änderungsantrag 46
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die ***EU*** im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden ***verliert***; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten Schlüsselfaktoren für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen sind; ***betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften und die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;***	1. betont, dass die ***EU-Mitgliedstaaten*** im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden ***verlieren***; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten Schlüsselfaktoren für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen sind;

Or. en

Änderungsantrag 47
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass ***Regulierungs- und Verwaltungslasten*** Schlüsselfaktoren für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen sind; betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften und die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;	1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit ***in manchen Branchen*** an Boden verliert; erkennt an, dass ***die EU-Vorschriften für den Binnenmarkt, wie beispielsweise die Hindernisse für einen wirksamen Einsatz staatlicher Beihilfen,*** Schlüsselfaktoren für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***im Vergleich zu den Volkswirtschaften*** sind***, die die EU im Wettbewerb übertreffen***; betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften und die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher

Wohlstand, Beschäftigung, ***hochwertige Arbeitsplätze,*** Kompetenzentwicklung***, hohe Umweltstandards*** und Innovation gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 48
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten Schlüsselfaktoren für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen sind; betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften ***und*** die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;	1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten ***– von denen viele auf die Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit dem Grünen Deal zurückzuführen sind –*** Schlüsselfaktoren für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen sind; betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften ***sowie*** die ***Überarbeitung und*** Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 49
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten ***Schlüsselfaktoren*** für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***sind***; betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften ***und*** die Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;	1. betont, dass die EU im Hinblick auf die globale Wettbewerbsfähigkeit an Boden verliert; erkennt an, dass Regulierungs- und Verwaltungslasten ***zu den Faktoren*** für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***gehören***; betont, dass die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften***,*** die ***ordnungsgemäße und fristgerechte*** Umsetzung ***sowie die wirksame Durchsetzung*** gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 50
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass die EU im Hinblick auf die ***globale*** Wettbewerbsfähigkeit ***an Boden verliert***; erkennt an, dass ***Regulierungs-*** und Verwaltungslasten ***Schlüsselfaktoren*** für das Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***sind***; betont, dass ***die Förderung, Straffung und Vereinfachung von Vorschriften und die*** Umsetzung gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung, Kompetenzentwicklung und Innovation	1. betont, dass ***sich*** die EU im Hinblick auf die ***Stärkung ihrer globalen*** Wettbewerbsfähigkeit ***an einem kritischen Scheideweg befindet***; erkennt an, dass ***Mängel bei der Umsetzung, eine fragmentierte Regulierung*** und ***unnötige*** Verwaltungslasten ***zum*** Zurückfallen der EU in den Bereichen Investitionen, Innovation, Schaffung von Arbeitsplätzen und Geschäftschancen ***beitragen***; betont, dass ***eine bessere*** Umsetzung ***und Straffung*** gemeinsamer Vorschriften den Binnenmarkt stärken, wodurch Wettbewerbsfähigkeit, wirtschaftlicher Wohlstand, Beschäftigung,

gefördert werden;	Kompetenzentwicklung und Innovation gefördert werden;

Or. en

Änderungsantrag 51
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. bedauert, dass während der vergangenen Wahlperiode die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit der EU, das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und die Entwicklung von Schlüsselbranchen – insbesondere des Dienstleistungssektors – systematisch zugunsten ideologisch motivierter Vorzeigeprojekte, insbesondere des Grünen Deals und der präventiven Politikgestaltung im digitalen Bereich, vernachlässigt wurden; stellt mit Besorgnis fest, dass die Digitalisierungsagenda zwar politisch priorisiert ist, jedoch häufig zu übermäßigen Regulierungsmaßnahmen führt, die zusätzliche Belastungen für Unternehmen mit sich bringen und nur begrenzte Ergebnisse bei der Beschleunigung der Einführung neuer Technologien in der Wirtschaft erzielen; schlägt vor, dass die Reform und Vertiefung des Binnenmarkts für Dienstleistungen zusammen mit einer neu organisierten und ergebnisorientierten Digitalstrategie künftig zum Kern der Prioritäten der Kommission gehören sollten;

Or. en

Änderungsantrag 52
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. hebt hervor, dass es wichtig ist, die Binnenmarktstrategie enger mit der Industriestrategie der EU zu verknüpfen, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 53
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev

Entschließungsantrag
Ziffer 1 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1b. fordert die Kommission nachdrücklich auf, das derzeitige Tempo der Gesetzgebungstätigkeit zu drosseln, das zu übermäßigen und oft inkohärenten regulatorischen Belastungen für Wirtschaftsakteure, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, geführt hat und dadurch ihre wirksame Geschäftstätigkeit im Binnenmarkt behindert; fordert die Kommission auf, bei der Planung und Vorlage weiterer Legislativvorschläge zum Funktionieren des Binnenmarkts disziplinierter und selektiver vorzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 54
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 1 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1c. betont, dass alle künftigen Legislativvorschläge – insbesondere im digitalen Bereich – vollständig mit den strategischen Zielen der Kommission in Einklang stehen müssen, nämlich Bürokratie abzubauen, Vereinfachungen sicherzustellen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas zu stärken und das wirtschaftliche Wohlergehen der Bürgerinnen und Bürger zu fördern; betont, dass dieser Grundsatz auch für bereits erlassene, aber noch nicht vollständig umgesetzte Rechtsvorschriften gelten muss, bei denen ein rückwirkender und korrigierender Ansatz verfolgt werden sollte, um übermäßige Belastungen, Rechtsunsicherheit oder unbeabsichtigte negative Auswirkungen zu vermeiden;

Or. en

Änderungsantrag 55
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;	2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen; ***betont jedoch, dass ein erfolgreicher***

Binnenmarkt, der für die Bürgerinnen und Bürger Mehrwert aus hochwertigen Segmenten der globalen Märkte generiert und erschließt, nicht allein auf der Unterstützung für KMU beruhen kann, sondern die Unternehmen auch in die Lage versetzen muss, zu wachsen und im internationalen Wettbewerb zu bestehen; betont, dass maßgeschneiderte Bestimmungen für KMU mit Strukturreformen einhergehen müssen, durch die die anhaltenden Hindernisse für größere Unternehmen, die grenzübergreifend tätig sind, beseitigt werden; weist darauf hin, dass - wie im Draghi-Bericht hervorgehoben - das Wettbewerbsdefizit Europas auch auf die schlechte Leistung großer Unternehmen zurückzuführen ist, sodass ein regulatorisches Umfeld erforderlich ist, das Größe, ambitionierte Ziele und eine globale Vorreiterrolle belohnt;

Or. en

Änderungsantrag 56
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, ***den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen*** **–** insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen **–** ***zu verringern***; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;	2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, ***die europäische Integration zu vertiefen, die Belastungen durch sich überschneidende nationale und europäische Rechtsvorschriften zu verringern und gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, von denen*** insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen ***profitieren können***. besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und

Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;
fordert die Mitgliedstaaten insbesondere auf, das Funktionieren des gemeinsamen Binnenmarkts zu verbessern, indem sie die Festlegung gemeinsamer Vorschriften und deren Durchsetzung auf europäischer Ebene erleichtern;

Or. en

Änderungsantrag 57
Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Jeannette Baljeu, Yvan Verougstraete, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;	2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen; ***betont, dass der Senkung der Befolgungskosten für KMU durch digitale Instrumente, Reallabore und gezielte Ausnahmeregelungen besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 58
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;	2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen; ***betont, dass private Investitionen mobilisiert werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 59
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;	2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum ***und damit in die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Mitgliedstaaten auf dem Weltmarkt*** fließen;

Or. en

Änderungsantrag 60

Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den ***Regelungs- und*** Verwaltungsaufwand ***für Unternehmen*** – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die ***derzeit*** Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden ***müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen***;	2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, ***die Kohärenz des Regulierungsrahmens zu verbessern und*** den Verwaltungsaufwand – insbesondere ***für*** kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern***, ohne dabei die sozialen und ökologischen Standards der EU oder den digitalen Schutz und den Verbraucherschutz zu beeinträchtigen***; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die ***möglicherweise*** Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden ***sollten, wobei gleiche Wettbewerbsbedingungen auf der Grundlage hoher Standards sicherzustellen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 61
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass ***es zur Sicherung*** des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;	2. erkennt an, dass ***zur Wiedererlangung*** des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere ***für*** kleinere ***und mittlere*** Unternehmen und Start-up-Unternehmen – zu verringern; besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung

von Innovation und Wachstum fließen;

Or. de

Änderungsantrag 62
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen ***und*** Start-up-Unternehmen – zu verringern; ***besteht daher darauf, dass Hindernisse, die derzeit Wachstum, die Schaffung von Arbeitsplätzen und Investitionen behindern, beseitigt werden müssen und dass Mittel in die Förderung von Innovation und Wachstum fließen;***	2. erkennt an, dass es zur Sicherung des Wohlstands der EU notwendig ist, den Regelungs- und Verwaltungsaufwand für Unternehmen – insbesondere kleinere Unternehmen ***einschließlich*** Start-up-Unternehmen – zu verringern***, wobei ein hohes Maß an Verbraucherschutz gewahrt bleiben muss***; ***bekräftigt, dass dies niemals auf Kosten der Grundprinzipien des Binnenmarkts wie sozialer Fortschritt und hohe Umweltstandards gehen darf;***

Or. en

Änderungsantrag 63
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. erkennt an, dass eine Verringerung der regulatorischen und administrativen Belastungen für Unternehmen niemals zu einer Senkung der Standards bei den Arbeitsbedingungen oder der Nachhaltigkeit führen oder die Erreichung der vereinbarten Klimaziele behindern darf;

Or. en

Änderungsantrag 64
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. fordert die Beseitigung regionaler Angebotsbeschränkungen und die Stärkung des EU-Wettbewerbsrechts, indem der Kommission neue Instrumente und Befugnisse zur Bekämpfung regionaler Angebotsbeschränkungen an die Hand gegeben werden;

Or. en

Änderungsantrag 65
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2b. fordert, dass Beschränkungen wie die Verpflichtung der Hersteller zur Verwendung bestimmter Sprachen auf Etiketten und Verpackungen aufgehoben werden, sofern sie nicht unbedingt erforderlich sind, da diese Verpflichtungen derzeit herangezogen werden, um zu rechtfertigen, dass ein und dasselbe Produkt nicht in allen Mitgliedstaaten verkauft werden kann oder dass es in verschiedenen Mitgliedstaaten zu erheblich unterschiedlichen Preisen verkauft wird;

Or. en

Änderungsantrag 66
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung ***der*** EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger ***politischer*** Ziele von entscheidender Bedeutung sind; ***begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;***	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung ***nationaler und*** EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger ***wirtschaftlicher*** Ziele von entscheidender Bedeutung sind;

Or. de

Änderungsantrag 67
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, ***den***	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; ***begrüßt den Plan der***

Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	***Kommission, die Vorschriften für das öffentliche Beschaffungswesen zu überarbeiten;*** fordert die Kommission auf, ***einen Vorschlag vorzulegen, durch den dafür Sorge getragen wird, dass Unternehmen mit Tarifverträgen und hohen Sozial- und Umweltstandards keiner indirekten Diskriminierung durch eine übermäßige Ausrichtung auf den niedrigsten Preis ausgesetzt sind***;

Or. en

Änderungsantrag 68
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren ***des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele*** von entscheidender Bedeutung sind; ***begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;***	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren ***der europäischen Volkswirtschaften*** von entscheidender Bedeutung sind; ***betont jedoch, dass die Hauptverantwortung dafür, dass diese Prozesse mit den nationalen Prioritäten in Einklang stehen, bei den Mitgliedstaaten liegt;***

Or. en

Änderungsantrag 69
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; ***begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern;*** fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 70
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt ***den Plan*** der Kommission***, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung,*** Straffung und ***bessere*** Umsetzung der EU-Vorschriften ***zu steigern***; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; ***weist darauf hin, dass die Verwirklichung der politischen Ziele der EU auch eine wirksame Anwendung, Einhaltung, Überwachung und Durchsetzung vor Ort erfordert;*** begrüßt ***die Anstrengungen*** der Kommission ***zur besseren*** Straffung und Umsetzung der EU-Vorschriften; fordert

Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 71
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; ***fordert*** die Kommission ***auf***, ***den Empfehlungen*** des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; ***ersucht*** die Kommission, ***den einschlägigen Feststellungen*** des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts ***Rechnung zu tragen, soweit dies allen Teilnehmern des Binnenmarkts zugutekommt, und ihnen*** mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 72
Dóra Dávid

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; ***betont, dass die Produktivität gesteigert werden muss;*** begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 73
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung ***und Durchsetzung*** der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung ***und Durchsetzung*** der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 74
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	3. betont, dass ***stärkere Harmonisierung,*** gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 75
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt	3. betont, dass gestraffte Verfahren und die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften für das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts und für die Verwirklichung wichtiger politischer Ziele von entscheidender Bedeutung sind; begrüßt

den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;	den Plan der Kommission, die Wettbewerbsfähigkeit ***und Innovation*** durch die Vereinfachung, Straffung und bessere Umsetzung der EU-Vorschriften zu steigern; fordert die Kommission auf, den Empfehlungen des Draghi-, des Letta- und des Niinistö-Berichts mit konkreten Maßnahmen und klaren Zeitplänen nachzukommen;

Or. en

Änderungsantrag 76
Aura Salla

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. unterstützt den im EU-Kompass für Wettbewerbsfähigkeit dargelegten Ansatz und befürwortet klarere, einfachere Regulierungsrahmen, die die Innovation und Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen aktiv unterstützen, insbesondere durch systematische Vereinfachungen der Rechtsvorschriften, Kohärenz bei der Durchsetzung und Verringerung der Komplexität der Einhaltung; unterstützt nachdrücklich die im Kompass dargelegten Bemühungen der Kommission, bei allen Legislativvorschlägen der EU systematisch eine Prüfung im Hinblick auf die Wettbewerbsfähigkeit durchzuführen, insbesondere sofern KMU und wachstumsstarke neue Technologien betroffen sind;

Or. en

Änderungsantrag 77
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. betont, dass Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, insbesondere vor dem Hintergrund der aktuellen Lebenshaltungskostenkrise, zu Ergebnissen führen müssen, die den Menschen zugutekommen sowie den Verbraucherinnen und Verbrauchern eine größere Auswahl, qualitativ hochwertigere Produkte und fairere Preise bieten;

Or. en

Änderungsantrag 78
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. betont, dass Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Krise der Lebenshaltungskosten, zu Ergebnissen führen müssen, die den Menschen zugutekommen, bessere Auswahlmöglichkeiten, hochwertigere Produkte und fairere Preise für die Verbraucher bieten müssen;

Or. en

Änderungsantrag 79
Hanna Gedin

Entschließungsantrag

Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. betont, dass Wettbewerbsfähigkeit und Innovation, insbesondere vor dem Hintergrund der derzeitigen Krise der Lebenshaltungskosten, zu Ergebnissen führen müssen, die den Menschen zugutekommen, bessere Auswahlmöglichkeiten, hochwertigere Produkte und fairere Preise für die Verbraucher bieten müssen;

Or. en

Änderungsantrag 80
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. begrüßt den von der Kommission auf den Weg gebrachten Deal für eine saubere Industrie, der auf eine nachhaltige Transformation und die Förderung der Produktion und Erschwinglichkeit von klimafreundlichen Schlüsseltechnologien wie Elektroautos, Wärmepumpen oder Solaranlagen abzielt, um die Kosten für die Verbraucher zu senken und die Marktakzeptanz zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 81
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. nimmt den von der Kommission auf den Weg gebrachten Deal für eine saubere Industrie zur Kenntnis, der auf eine nachhaltige Transformation und die Förderung der Produktion und Erschwinglichkeit von klimafreundlichen Schlüsseltechnologien wie Elektroautos, Wärmepumpen oder Solaranlagen abzielt, um die Kosten für die Verbraucher zu senken und die Marktakzeptanz zu erhöhen;

Or. en

Änderungsantrag 82
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Gestraffte Vorschriften, bessere Umsetzung und konsequente Durchsetzung im Interesse eines berechenbaren und ***wettbewerbsorientierten*** Unternehmensumfelds	Gestraffte Vorschriften, bessere Umsetzung und konsequente Durchsetzung im Interesse eines berechenbaren und ***förderlichen*** Unternehmensumfelds ***mit gleichen Wettbewerbsbedingungen auf der Grundlage hoher Standards***

Or. en

Änderungsantrag 83
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften	***entfällt***

darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu erleichtern und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der EU zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;

Or. de

Änderungsantrag 84
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Straffung ***und Vereinfachung*** der Rechtsvorschriften darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu erleichtern und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der EU zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;	4. betont, dass die Straffung der Rechtsvorschriften darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu erleichtern und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der EU zu wahren und ein ***klares,*** stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen; ***betont daher, dass ein ordnungsgemäßes Gesetzgebungsverfahren wichtig ist, auch bei Bemühungen zur Überarbeitung und Straffung, wobei die Grundsätze der besseren Rechtsetzung in allen Phasen des Politikzyklus und -prozesses gewahrt und kontinuierlich angewendet werden müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 85
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Straffung ***und Vereinfachung*** der Rechtsvorschriften ***darauf abzielt,*** Compliance-Prozesse zu erleichtern ***und gleichzeitig*** die zentralen politischen Ziele der EU ***zu wahren und*** ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;	4. betont, dass die Straffung der Rechtsvorschriften ***zwar erforderlich ist, um Überschneidungen zu vermeiden und*** Compliance-Prozesse zu erleichtern***, wobei jedoch der Kern der Rechtsvorschriften nicht in Frage gestellt werden und*** die zentralen politischen Ziele der EU ***nicht untergraben werden dürfen, sondern*** ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen ***ist***;

Or. en

Änderungsantrag 86
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu erleichtern und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der EU zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;	4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu erleichtern und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der EU ***– Vollbeschäftigung und sozialer Fortschritt, ein hohes Maß an Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität –*** zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 87
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu ***erleichtern*** und gleichzeitig ***die*** zentralen politischen Ziele der EU ***zu wahren*** und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;	4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften darauf abzielt, die ***Kosten und Anstrengungen der*** Compliance-Prozesse zu ***verringern*** und gleichzeitig ***den aktualisierten*** zentralen politischen Ziele der EU ***Rechnung zu tragen*** und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 88
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu erleichtern und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der EU zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;	4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften darauf abzielt, Compliance-Prozesse zu erleichtern und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der EU zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen ***sowie den Verbraucherschutz*** sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 89
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften	4. betont, dass die Straffung und Vereinfachung der Rechtsvorschriften

darauf abzielt, ***Compliance-Prozesse zu erleichtern*** und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der ***EU*** zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;	darauf abzielt, ***bürokratische Belastungen zu verringern*** und gleichzeitig die zentralen politischen Ziele der ***Mitgliedstaaten*** zu wahren und ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld für Unternehmen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 90
Aura Salla

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. ist der Ansicht, dass die Kommission häufig keine umfassende Koordinierung zwischen ihren eigenen Generaldirektionen sicherstellt und die bereichsübergreifenden Auswirkungen ihrer Vorschläge nicht in vollem Umfang berücksichtigt; fordert die Kommission auf, institutionelle Reformen zu prüfen, einschließlich der Einrichtung eines speziellen Referats zur Vereinfachung der Rechtsetzung innerhalb der Kommission – aufbauend auf dem Ausschuss für Regulierungskontrolle –, das mit der Aufsicht, Überwachung und Koordinierung von Regulierungsvorschlägen in allen Generaldirektionen, der Vereinfachung, der Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Sicherstellung einer kohärenten Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften im Bereich Digitales und Verbraucherschutz betraut ist; schlägt vor, dieses Referat dem neu ernannten Kommissionsmitglied für Umsetzung und Vereinfachung zu unterstellen und mit angemessenen Ressourcen auszustatten, damit es seinen Auftrag wirksam erfüllen kann;

Or. en

Änderungsantrag 91
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. betont, dass die Vereinfachung des Rechtsrahmens nicht zulasten der Ambitionen der EU im Bereich des ökologischen und digitalen Wandels gehen sollte; betont, dass die Verringerung der Komplexität der Rechtsvorschriften die langfristigen Ziele der EU, einschließlich der Digitalisierung der Wirtschaft, des ökologischen Wandels und des Verbraucherschutzes, stärken und die in diesen Bereichen festgelegten Standards und Benchmarks nicht senken sollte;

Or. en

Änderungsantrag 92
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. hebt das Engagement des Parlaments für den „One-in, one-out“-Grundsatz und den Grundsatz der Vereinfachung hervor; fordert die Kommission auf, ehrgeiziger zu sein und bei der Vorlage von Vorschlägen für neue Rechtsvorschriften und der Ausarbeitung der neuen Omnibus-Pakete für den Binnenmarkt den Grundsatz „One in, two out“ anzuwenden;

Or. en

Änderungsantrag 93
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. stellt mit Besorgnis fest, dass einige Wirtschaftsprüfungs- und Beratungsunternehmen aus der übermäßigen Einhaltung von EU-Rechtsvorschriften ein Geschäftsmodell gemacht haben, was zu unnötigen rechtlichen und finanziellen Belastungen für Unternehmen führt; betont, dass solche Praktiken sich negativ auf den Binnenmarkt, insbesondere auf KMU, auswirken und zu einer Fragmentierung und uneinheitlichen Umsetzung der Rechtsvorschriften führen können, und fordert die Kommission auf, sich mit dieser Frage zu befassen;

Or. en

Änderungsantrag 94
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine

uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden; ***betont, dass viele der Legislativvorschläge der Kommission übermäßig restriktiv und detailliert sind, was in der Praxis zu erhöhten regulatorischen Belastungen für die Wirtschaftsakteure, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), führt; bedauert, dass die Kommission zunehmend Initiativen vorlegt, die über den tatsächlichen Regulierungsbedarf hinausgehen und deren Umfang und Art de facto zu einer Beschneidung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und einer übermäßigen Zentralisierung der Entscheidungsfindung auf EU-Ebene führen können; betont insbesondere, dass solche restriktiven und übermäßig detaillierten Vorschriften mitunter durch delegierte Rechtsakte eingeführt werden, deren Gesetzgebungsverfahren durch begrenzte Transparenz, verkürzte Konsultationsfristen und einen Mangel an echten Beteiligungsmöglichkeiten für viele Interessenträger, insbesondere KMU, gekennzeichnet ist;***
	Or. en

Änderungsantrag 95
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten ***daher*** nachdrücklich auf,	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, eine

Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden; ***betont, dass die EU bei der Gestaltung und Durchsetzung gemeinsamer Vorschriften für den Binnenmarkt stets die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit achten muss; betont, dass die EU den Mitgliedstaaten die Möglichkeit geben muss, höhere Sozial- und Nachhaltigkeitsstandards festzulegen, wenn sie dies wünschen; betont, dass der Binnenmarkt einen kleinsten gemeinsamen Nenner unter allen Mitgliedstaaten sicherstellen soll, in diesem Zusammenhang jedoch die Mitgliedstaaten, die über diesen kleinsten Nenner hinausgehen wollen, nicht unnötig einschränken darf;***

Or. en

Änderungsantrag 96
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt ***und durchgesetzt*** werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; ***betont, dass die uneinheitliche Durchsetzung und die Überregulierung bei der Umsetzung von EU-Vorschriften durch die Mitgliedstaaten zu einer unverhältnismäßigen Belastung für KMU***

und Start-up-Unternehmen führen;
fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden***, um grenzüberschreitende Hindernisse und regulatorische Fragmentierung im Binnenmarkt zu beseitigen***; ***empfiehlt in diesem Zusammenhang die Annahme von Verordnungen anstelle von Richtlinien, wo immer dies möglich ist, um eine harmonisierte und einheitliche Umsetzung und Durchsetzung zu erleichtern;***

Or. en

Änderungsantrag 97
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden; ***fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten bei der Verwirklichung einer stärker harmonisierten Umsetzung des EU-Rechts zu unterstützen, indem sie den strukturierten Austausch und das wechselseitige Lernen weiter erleichtert, unter anderem durch die Ausrichtung von Umsetzungsworkshops und die***

Entwicklung und Nutzung vergleichender Instrumente und Verfahren;

Or. en

Änderungsantrag 98
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; ***stellt fest, dass die fragmentierte Durchsetzung nach wie vor ein Hindernis für den EU-Binnenmarkt darstellt;*** fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden; ***fordert eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den nationalen und europäischen Regulierungsbehörden sowie auf EU-Ebene, um bewährte Verfahren auszutauschen, die Durchsetzung zu koordinieren und eine kohärente Anwendung der Rechtsvorschriften sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 99
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten ***daher*** nachdrücklich auf, ***Überregulierung zu beseitigen und*** eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden; ***weist darauf hin, dass eine stärkere europäische Integration und eine zentralisierte Durchsetzung erforderlich sind, um regulatorische Hindernisse abzubauen, unter anderem in Bezug auf das Mindestmaß an Kontrollen (Häufigkeit und Umfang) und harmonisierte Methoden zu ihrer Durchführung, einschließlich harmonisierter Vorschriften über Mindestsanktionen;***

Or. en

Änderungsantrag 100
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender ***Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der*** Mitgliedstaaten ***fällt***; ***fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine***	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender ***freier Markt ohne übermäßige regulatorische Eingriffe funktionieren sollte; betont, dass die Umsetzung der erforderlichen Vorschriften in erster Linie Aufgabe der*** Mitgliedstaaten ***ist***;

uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 101
Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Jeannette Baljeu, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und ***dafür zu sorgen, dass nationale Umsetzungsmaßnahmen transparent und rechtzeitig veröffentlicht werden, um*** eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 102
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

5. ist der Ansicht, dass ein ***gut funktionierender*** Binnenmarkt***, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam*** umgesetzt werden***, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;***	5. ist der Ansicht, dass ein ***europäischer*** Binnenmarkt ***nationalstaatlich und multilateral organisiert werden sollte, und dabei vereinbarte Regeln mit Rücksicht auf nationale Besonderheiten unterschiedlich stark in nationales Recht*** umgesetzt werden ***sollten; erkennt an, dass nationale Unterscheide den Wettbewerb fördern und für Bürger wie Unternehmen wirtschaftlich attraktiv sind.***

Or. de

Änderungsantrag 103
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher ***nachdrücklich*** auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; ***fordert die*** Kommission ***auf***, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher auf, ***Anstrengungen zu unternehmen, um*** Überregulierung ***zu ermitteln und*** zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; ***nimmt die Zusage der*** Kommission ***zur Kenntnis***, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 104
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel,

Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;	5. ist der Ansicht, dass ein gut funktionierender Binnenmarkt, in dem die Vorschriften korrekt***, kohärent*** und wirksam umgesetzt werden, in die gemeinsame Verantwortung der EU-Organe und der Mitgliedstaaten fällt; fordert die Mitgliedstaaten daher nachdrücklich auf, Überregulierung zu beseitigen und eine uneinheitliche Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften zu vermeiden; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass die ***EU-***Vorschriften in allen Mitgliedstaaten ordnungsgemäß durchgesetzt werden;

Or. en

Änderungsantrag 105
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen den Behörden verschiedener Mitgliedstaaten von entscheidender Bedeutung ist, um eine bessere Umsetzung und Anwendung der Binnenmarktvorschriften zu unterstützen; betont, dass die Kommission zusammen mit den Mitgliedstaaten eine bessere Zusammenarbeit unterstützen kann, indem sie Plattformen für den Austausch von Informationen und bewährten Verfahren bereitstellt, eine kohärente und gestraffte Anwendung der Vorschriften unterstützt, Amtshilfemechanismen

klarstellt und Sprachbarrieren abbaut;

Or. en

Änderungsantrag 106
Kim Van Sparrentak, Axel Voss

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. fordert eine Strategie für die digitale Durchsetzung, um die Durchsetzung der digitalen Regulierung weiter zu zentralisieren, zu stärken, zu harmonisieren und dadurch zu vereinfachen, indem eine effiziente Ressourcenzuweisung, der Austausch und Aufbau von Wissen sowie die Bündelung von Durchsetzungsbefugnissen sichergestellt werden, was letztlich zu einer stärker zentralisierten Struktur für die Durchsetzung, beispielsweise einer EU-Agentur für die digitale Durchsetzung, führen wird;

Or. en

Änderungsantrag 107
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen	***entfällt***

verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;

Or. en

Änderungsantrag 108
Anna-Maja Henriksson, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;	6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, eine klare Methodik und eine einfache Ausgangsbasis für die Verringerung des Verwaltungsaufwands sowie für die Messung und Überwachung der Fortschritte bei der Verwirklichung der gesteckten Ziele festzulegen und anzuwenden, um wirksame Maßnahmen und Rechenschaftspflicht zu ermöglichen; erkennt an, dass die Organe und***

	Einrichtungen der Union und die Mitgliedstaaten gemeinsam dafür verantwortlich sind, die Verwaltungslasten spürbar zu verringern, und dass dies unter uneingeschränkter Wahrung der zentralen politischen Ziele der Union verfolgt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 109
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. ***fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird;*** fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;	6. fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch ***die den Unternehmen unnötige zusätzliche Lasten auferlegt werden und*** die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;

Or. en

Änderungsantrag 110
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (***nach*** drei bis fünf ***Jahren***) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;	6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (drei bis fünf ***Jahre nach Ablauf der Umsetzungsfrist***) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, ***einschließlich branchenspezifischer Vorschriften,*** durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird; ***fordert die beiden gesetzgebenden Organe auf, dafür zu sorgen, dass die EU-Rechtsvorschriften zielgerichtet, verhältnismäßig und zweckmäßig sind und mit den Grundsätzen der besseren Rechtsetzung im Einklang stehen;***

Or. en

Änderungsantrag 111
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, ***und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird;*** fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte,	6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen ***und Bürger*** verursachen, fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;

durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;

Or. de

Änderungsantrag 112
Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Jeannette Baljeu, Yvan Verougstraete, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;	6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird; ***empfiehlt, dass bei solchen Überprüfungen auch die Bereitschaft der Rechtsvorschriften für den digitalen Wandel und ihre Anpassungsfähigkeit an Innovationen bewertet werden;***

Or. en

Änderungsantrag 113
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; ***fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;***	6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen ***für die Arbeit der Behörden durch die zwangsweise Durchsetzung von Marktmechanismen und*** für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird***, wobei sicherzustellen ist, dass die Ziele, einschließlich des Schutzes der Arbeitnehmer, der Verbraucher und der Umwelt, erreicht werden***;

Or. en

Änderungsantrag 114
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;	6. fordert die Kommission auf, Maßnahmen zu ergreifen, damit die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ihre einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren) aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird***, wobei die Ziele der grünen und der digitalen Agenda zu wahren sind***;

Or. en

Änderungsantrag 115
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. fordert die Kommission auf, ***Maßnahmen zu ergreifen, damit*** die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen verursachen, und in ***ihre*** einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine ***verbindliche Klausel über eine frühzeitige Überprüfung (nach drei bis fünf Jahren)*** aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird; ***fordert die Überarbeitung aller Rechtsakte, durch die die Wettbewerbsfähigkeit unnötig beeinträchtigt wird;***	6. fordert die Kommission auf, ***sicherzustellen, dass*** die geltenden und künftigen Rechtsvorschriften verhältnismäßig bleiben und keine unnötigen zusätzlichen Belastungen für Unternehmen***, Arbeitnehmer, Verbraucher und Behörden mit sich bringen, wobei sicherzustellen ist, dass die Ziele, einschließlich des Schutzes der Verbraucher und der Umwelt, erreicht werden,*** verursachen, und in ***die*** einschlägigen Gesetzgebungsinitiativen eine ***Überprüfungsklausel*** aufzunehmen, ohne dass der Verwaltungsaufwand dabei erhöht wird;

Or. en

Änderungsantrag 116
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. fordert eine grundlegende Reform des Ausschusses für Regulierungskontrolle, um seine volle organisatorische und finanzielle Unabhängigkeit von der Kommission sicherzustellen und sein Mandat als Hüter der Subsidiarität, der Verhältnismäßigkeit und der Regulierungsdisziplin zu stärken;

betont, dass der Ausschuss über die Befugnisse und Ressourcen verfügen sollte, um alle Folgenabschätzungen und Legislativvorschläge der Kommission einer strengen und transparenten Kontrolle zu unterziehen; bedauert, dass die Stellungnahmen des Ausschusses für Regulierungskontrolle trotz wiederholter Bedenken hinsichtlich der Qualität und Kohärenz einer Reihe von Gesetzgebungsinitiativen im Entscheidungsprozess allzu oft außer Acht gelassen oder verwässert werden; betont, dass die Stärkung der Autorität und Unabhängigkeit des Ausschusses für Regulierungskontrolle von wesentlicher Bedeutung ist, um einen ausgewogeneren, faktengestützten und innovationsfreundlichen Rechtsrahmen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 117
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. betont, dass Rechtsklarheit und eine langfristige Perspektive wichtig sind, damit Unternehmen strategische Investitionen tätigen können; bedauert daher die jüngste Entscheidung des Parlaments, wichtige Rechtsvorschriften, die sich auf das Funktionieren des Binnenmarkts und die Wettbewerbsfähigkeit europäischer Unternehmen auswirken, wie etwa die Richtlinie über die Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Bereich der Nachhaltigkeit, zu verwässern, aufzuheben oder aufzuschieben;

Or. en

Änderungsantrag 118
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. betont, dass die Berichtspflichten für Unternehmen und Verwaltungen bis 2029 um mindestens 25 % und für KMU um 35 % gekürzt werden müssen;

Or. en

Änderungsantrag 119
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. betont, dass eine klare Methodik für die Ziele zur Verringerung des Verwaltungsaufwands erforderlich ist, damit die Fortschritte überwacht und gemessen werden können;

Or. en

Änderungsantrag 120
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich	7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich

delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden;	delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden; ***ist der Ansicht, dass der Ausschuss für Regulierungskontrolle ein wichtiges Instrument zur Qualitätssicherung von Folgenabschätzungen, Eignungsprüfungen und umfangreichen Evaluierungen der Kommission ist, und empfiehlt, das Mandat des Ausschusses für Regulierungskontrolle zu stärken, damit er im Falle fehlender Folgenabschätzungen Bedenken äußern kann, und fordert, dass seine Stellungnahmen während des gesamten Gesetzgebungsverfahrens gebührend berücksichtigt werden;***

Or. en

Änderungsantrag 121
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen	7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen

die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden;	die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden; ***wirft die Frage auf, warum angesichts der Vielzahl der von der Kommission ausgearbeiteten Legislativinitiativen Folgenabschätzungen so selten zu einer Neubewertung oder zu einem Verzicht auf die Weiterverfolgung der Vorschläge führen; bedauert, dass Folgenabschätzungen offenbar allzu oft so konzipiert sind, dass sie vorab festgelegte politische Ziele unterstützen, anstatt als neutrales Instrument für eine faktengestützte Politikgestaltung zu dienen;***

Or. en

Änderungsantrag 122
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die ***Kommission nachdrücklich*** auf, ***hochwertige*** Folgenabschätzungen ***für alle*** Legislativvorschläge***, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte,*** auszuarbeiten***; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten,***	7. fordert die ***Mitgliedstaaten*** auf, Folgenabschätzungen ***zu den Auswirkungen der*** Legislativvorschläge ***der Union auf ihre jeweilige Volkswirtschaft auszuarbeiten, wobei besonderes Augenmerk auf regulatorische Überschneidungen und die Belastung für*** kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen ***zu legen ist***;

bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen ***bewertet werden***;

Or. en

Änderungsantrag 123
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. ***fordert die Kommission nachdrücklich auf,*** hochwertige Folgenabschätzungen ***für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten***; ***betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und*** die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften***, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten,*** bewertet werden ***sollten***; ***besteht darauf, dass alle*** Folgenabschätzungen ***einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden***;	7. ***stellt fest, dass*** hochwertige Folgenabschätzungen ***nach wie vor ein fester Bestandteil der Rechtsetzung der EU sind und für die Gewährleistung qualitativ hochwertiger Rechtsakte wichtig sind; betont, dass*** die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften bewertet werden ***muss***; ***stellt fest, dass es wichtig ist, sicherzustellen, dass*** Folgenabschätzungen ***den potenziellen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vorteilen Rechnung tragen***;

Or. en

Änderungsantrag 124
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden;	7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden; ***betont, dass der Check-up der Wettbewerbsfähigkeit systematisch in einer frühen Phase des Gesetzgebungsverfahrens durchgeführt werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 125
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen	7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen

die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden;	die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden; ***betont, dass der Check-up der Wettbewerbsfähigkeit systematisch in einer frühen Phase des Gesetzgebungsverfahrens durchgeführt werden sollte;***

Or. en

Änderungsantrag 126
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden;	7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden; ***hebt die Bedeutung des Ausschusses für***

Regulierungskontrolle hervor;

Or. en

Änderungsantrag 127
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, ***insbesondere in Bezug auf die Berichtspflichten, bewertet werden sollten; besteht darauf, dass alle Folgenabschätzungen einen Check-up der Wettbewerbsfähigkeit umfassen, mit dem*** insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen bewertet werden***;***	7. fordert die Kommission nachdrücklich auf, hochwertige Folgenabschätzungen für alle Legislativvorschläge, einschließlich delegierter Rechtsakte und Durchführungsrechtsakte, auszuarbeiten; ***bedauert, dass dies bei den ersten Omnibus-Initiativen nicht der Fall war;*** betont, dass in den Folgenabschätzungen die kumulativen Auswirkungen von Regulierungen berücksichtigt und die Interoperabilität zwischen neuen und bestehenden Vorschriften, insbesondere die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) und Start-up-Unternehmen***,*** bewertet werden***, wobei auch die Auswirkungen nationaler Spillover-Effekte zu berücksichtigen und zu bewerten sind;***

Or. en

Änderungsantrag 128
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. bekräftigt, dass sichergestellt werden muss, dass die Berichtspflichten,

	die sich aus verschiedenen EU-Rechtsvorschriften ergeben, kohärent sind, und fordert eine umfassende Bestandsaufnahme der derzeitigen Berichtspflichten;

Or. en

Änderungsantrag 129
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde[2];	***entfällt***
[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.	

Or. en

Änderungsantrag 130
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde[2];	***entfällt***
[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.	

Or. en

Änderungsantrag 131
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde[2];	***entfällt***
[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI:	

http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

Or. en

Änderungsantrag 132
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert, dass ***systematisch*** Folgenabschätzungen zu den ***vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen*** der Kommission durchgeführt werden, ***wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde***[2];	8. ***fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu wesentlichen Änderungen durchgeführt werden, die vom Parlament und vom Rat vorgeschlagen werden, einschließlich derjenigen, die im Rahmen interinstitutioneller Verhandlungen eingebracht werden; weist darauf hin, dass in der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung aus dem Jahr 2016 Folgenabschätzungen zu wesentlichen Änderungen empfohlen werden; betont, dass bei solchen Bewertungen auch die kumulativen Belastungen durch den endgültigen Rechtstext bewertet und der Grundsatz „One in, one out“ angewendet werden sollten;*** fordert ***ferner***, dass Folgenabschätzungen zu den ***im Arbeitsprogramm*** der Kommission ***enthaltenen Initiativen*** durchgeführt werden***, wobei der Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ zu berücksichtigen ist, um sicherzustellen, dass Rechtsvorschriften von Anfang an verhältnismäßig, kohärent und umsetzungsfähig sind***;

[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung,

ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

Or. en

Änderungsantrag 133
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde	8. fordert ***nachdrücklich***, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde ***bedauert, dass „Paket zur besseren Rechtsetzung“ oft nur auf dem Papier steht oder als Schlagwort ohne praktische Auswirkungen verwendet wird; hebt hervor, dass ein solches Paket häufig dem politischen Druck während interinstitutioneller Verhandlungen nicht standhält, in denen kurzfristige politische Ziele tendenziell Vorrang vor den Grundsätzen einer faktengestützten, verhältnismäßigen und kohärenten Rechtsetzung haben;***
[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.	[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

Or. en

Änderungsantrag 134
Anna-Maja Henriksson, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde[2];	8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde[2]***, wobei es zu keiner Verzögerung des Gesetzgebungsverfahrens kommen darf***; ***schlägt vor, dass die Kommission, das Parlament, der Rat und die Mitgliedstaaten eine Methodik für Folgenabschätzungen und Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit ausarbeiten und anwenden;***
[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.	[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

Or. en

Änderungsantrag 135
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, ***wie dies bereits 2016 von den gesetzgebenden Organen vereinbart wurde***[2];	8. fordert, dass systematisch Folgenabschätzungen zu den vom Parlament und vom Rat vorgeschlagenen wesentlichen Änderungen an den Vorschlägen der Kommission durchgeführt werden, ***wobei sicherzustellen ist, dass diese Abschätzungen mit den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten im Einklang stehen***;

[2] Interinstitutionelle Vereinbarung zwischen dem Europäischen Parlament, dem Rat der Europäischen Union und der Europäischen Kommission vom 13. April 2016 über bessere Rechtsetzung, ABl. L 123 vom 12.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/agree_interinstit/2016/512/oj.

Or. en

Änderungsantrag 136
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. betont, dass eine angemessene Folgenabschätzung sowohl Kosten als auch Nutzen umfassen sollte, wobei die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen in integrierter und ausgewogener Weise und unter Verwendung sowohl qualitativer als auch quantitativer Analysen bewertet werden sollten, wie dies in der Interinstitutionellen Vereinbarung über bessere Rechtsetzung von 2016 vereinbart wurde, und fordert die Kommission daher nachdrücklich auf, eine gemeinsame Standardmethode zur Bewertung und Bewertung des wirtschaftlichen Nutzens in Übereinstimmung mit dem

Standardkostenmodell zur Bewertung der Nettokosten von Verwaltungsaufwand zu entwickeln;

Or. en

Änderungsantrag 137
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ***ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Überschneidungen und Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Rechtsakten, insbesondere in Bezug auf Binnenmarktvorschriften für Waren und Dienstleistungen, zu vermeiden, um für mehr Rechtsklarheit und Effizienz zu sorgen; betont, dass der wirksamen Umsetzung, Durchsetzung und einheitlichen Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens Vorrang vor der Einführung neuer Rechtsvorschriften eingeräumt werden muss;***	9. ***betont, dass der Gesamtumfang der EU-Rechtsvorschriften, insbesondere im Bereich des Binnenmarkts, verringert werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 138
Anna-Maja Henriksson, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Überschneidungen ***und*** Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Rechtsakten, insbesondere in Bezug auf	9. ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Überschneidungen***,*** Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Rechtsakten ***und unklare Begriffsbestimmungen***,

Binnenmarktvorschriften für Waren und Dienstleistungen, zu vermeiden, um für mehr Rechtsklarheit und Effizienz zu sorgen; betont, dass der wirksamen Umsetzung, Durchsetzung und einheitlichen Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens Vorrang vor der Einführung neuer Rechtsvorschriften eingeräumt werden muss;	insbesondere in Bezug auf Binnenmarktvorschriften für Waren und Dienstleistungen, zu vermeiden, um für mehr Rechtsklarheit und Effizienz zu sorgen; ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, Bewertungen in diesem Bereich Vorrang einzuräumen, um einen vorhersehbaren und kohärenten Rechtsrahmen sicherzustellen, der Unternehmen eine langfristige Planung und Investitionen ermöglicht;*** betont, dass der wirksamen Umsetzung, Durchsetzung und einheitlichen Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens Vorrang vor der Einführung neuer Rechtsvorschriften eingeräumt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 139
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Überschneidungen und Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Rechtsakten, insbesondere in Bezug auf Binnenmarktvorschriften für Waren und Dienstleistungen, zu vermeiden, um für mehr Rechtsklarheit und Effizienz zu sorgen; betont, dass der wirksamen Umsetzung, Durchsetzung und einheitlichen Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens Vorrang ***vor der Einführung neuer Rechtsvorschriften*** eingeräumt werden muss;	9. ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Überschneidungen und Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Rechtsakten, insbesondere in Bezug auf Binnenmarktvorschriften für Waren und Dienstleistungen, zu vermeiden, um für mehr Rechtsklarheit und Effizienz zu sorgen***, wobei den jeweiligen Besonderheiten Rechnung zu tragen ist***; betont, dass der wirksamen Umsetzung, Durchsetzung und einheitlichen Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens ***sowie der wirksamen Einhaltung durch die Wirtschaftsakteure*** Vorrang eingeräumt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 140
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Überschneidungen und Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Rechtsakten, insbesondere in Bezug auf Binnenmarktvorschriften ***für*** Waren ***und*** Dienstleistungen, zu vermeiden, um für mehr Rechtsklarheit und Effizienz zu sorgen; betont, dass der wirksamen Umsetzung, Durchsetzung und einheitlichen Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens Vorrang vor der Einführung neuer Rechtsvorschriften eingeräumt werden muss;	9. ist der Ansicht, dass es von entscheidender Bedeutung ist, Überschneidungen und Unstimmigkeiten zwischen verschiedenen Rechtsakten, insbesondere in Bezug auf Binnenmarktvorschriften***, die sich auf*** Waren***,*** Dienstleistungen ***und digitale Technologien beziehen***, zu vermeiden, um für mehr Rechtsklarheit und Effizienz zu sorgen; betont, dass der wirksamen Umsetzung, Durchsetzung und einheitlichen Anwendung des bestehenden Rechtsrahmens Vorrang vor der Einführung neuer Rechtsvorschriften eingeräumt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 141
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. betont, dass ungerechtfertigte und unverhältnismäßige nationale Maßnahmen, die den freien Verkehr von Waren, Dienstleistungen und Arbeitnehmern sowie Niederlassungen behindern, beseitigt werden müssen; fordert eine strengere Durchsetzung der Richtlinie (EU) 2015/1535, einschließlich der uneingeschränkten Einhaltung der

Meldepflichten und Durchführungsverbote; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für die einheitliche Anwendung des Grundsatzes der gegenseitigen Anerkennung in nicht harmonisierten Branchen zu sorgen sowie transparente und faktengestützte Begründungen für etwaige nationale Ausnahmeregelungen zu verlangen;

Or. en

Änderungsantrag 142
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen ***und spezieller Konsultationsverfahren für KMU und Start-up-Unternehmen***, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern; ***betont, dass die Inklusivität dieser Prozesse insbesondere die Sicherstellung einer angemessenen geografischen Vertretung umfassen sollte, damit die Interessen aller Mitgliedstaaten gebührend berücksichtigt werden; betont, dass ein Gleichgewicht zwischen der Vertretung großer Wirtschaftseinheiten und kleiner und mittlerer Unternehmen sowie der Verbraucherverbände gefunden werden muss, damit die Gesetzgebungsverfahren der tatsächlichen Vielfalt des EU-***

Binnenmarkts Rechnung tragen;

Or. en

Änderungsantrag 143
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren ***und*** transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen***, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse*** sicherzustellen ***und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern***;	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren***,*** transparenteren und ***inklusiven*** Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen ***mit Maßnahmen zur Stärkung der Vertretung von KMU***; ***fordert, dass die Konsultationen mit den Kapazitäten von KMU in Einklang gebracht werden, indem eine ausreichende Reaktionszeit vorgesehen und die Zugänglichkeit verbessert wird; betont, dass die Überprüfung der KMU-Gerechtigkeit konsequent durchgeführt werden muss, um die Auswirkungen von Rechtsvorschriften zu bewerten sowie ihre Verhältnismäßigkeit und Durchführbarkeit*** sicherzustellen***; unterstützt in diesem Zusammenhang die Einrichtung regelmäßiger Dialoge zur Umsetzung, wie von Kommissionsmitglied Dombrovskis vorgeschlagen;***

Or. en

Änderungsantrag 144
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, ***einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen,*** um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern; ***hebt ferner die entscheidende Rolle der Zivilgesellschaft im Entscheidungsprozess hervor, da sie für Meinungsvielfalt sowie eine faire und ausgewogene Vertretung sorgt; fordert, dass Abgeordnete des Parlaments zu Sitzungen mit Sachverständigengruppen der Kommission eingeladen werden;***

Or. en

Änderungsantrag 145
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern; ***fordert die Kommission auf, die Stellungnahmen der Interessenträger, die im Rahmen der verschiedenen Konsultationsverfahren eingeholt werden, in anonymisierter Form zu veröffentlichen, um die Transparenz des Entscheidungsprozesses zu erhöhen;***

Or. en

Änderungsantrag 146
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern; ***betont, dass eine stärkere Einbeziehung der Interessenträger von wesentlicher Bedeutung ist, um den Binnenmarkt zu vertiefen und sein wirksames Funktionieren sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 147
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse

sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;	sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern; ***betont, dass es sich bei den relevanten Akteuren des Binnenmarkts nicht nur um Unternehmen handelt, sondern auch um die Verbraucherinnen und Verbraucher, die Wissenschaft und die Gewerkschaften;***

Or. en

Änderungsantrag 148
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger ***mit einer besseren Vertretung der KMU*** zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um inklusive und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 149
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren und transparenteren	10. fordert die Kommission nachdrücklich auf, für einen strukturierteren***, objektiven*** und

Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um ***inklusive*** und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;	transparenteren Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen, um ***breit gefächerte*** und fundierte Entscheidungsprozesse sicherzustellen und die Qualität der Binnenmarktvorschriften zu verbessern;

Or. de

Änderungsantrag 150
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. ***fordert die Kommission nachdrücklich auf,*** für einen strukturierteren und transparenteren ***Prozess der Konsultation der Interessenträger zu sorgen, einschließlich einer Überprüfung des Systems der Sachverständigengruppen***, um ***inklusive und*** fundierte ***Entscheidungsprozesse*** sicherzustellen und die Qualität der ***Binnenmarktvorschriften*** zu verbessern;	10. ***hebt hervor, dass*** für einen strukturierteren und transparenteren ***Konsultationsprozess auf nationaler Ebene gesorgt werden muss***, um eine fundierte ***Entscheidungsfindung*** sicherzustellen und die Qualität der ***Marktvorschriften im Einklang mit den nationalen Prioritäten*** zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 151
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. schlägt vor, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen	11. schlägt vor, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen

festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;	festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden; ***stellt fest, dass die Kommission delegierte Rechtsakte manchmal nicht als Instrument zur technischen Präzisierung von Bestimmungen, sondern als Instrument zur Einführung neuer regulatorischer Verpflichtungen oder zur Verschärfung bestehender Vorschriften verwendet, wodurch der Anwendungsbereich und der Zweck der durch Basisrechtsakte gewährten Befugnisübertragung überschritten werden; betont, dass solche Maßnahmen Anlass zur ernsthaften Bedenken hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit, der Transparenz und der Achtung der Rolle der beiden gesetzgebenden Organe geben; äußert besondere Besorgnis in Bezug auf Binnenmarktbestimmungen, in denen delegierte Rechtsakte zu einer unverhältnismäßigen Belastung für Unternehmen, insbesondere KMU, führen können, die nicht über die Ressourcen verfügen, um den Regulierungsprozess wirksam zu überwachen und zu beeinflussen;***
	Or. en

Änderungsantrag 152
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. schlägt vor, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von	11. schlägt vor, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von

Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;	Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; ***besteht darauf, dass solche Leitlinien als Instrument dienen sollten, um die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern, anstatt zu einer zusätzlichen Belastung zu werden; betont ferner, dass sie prägnant, klar und insbesondere für KMU zugänglich sein sollten;*** fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 153
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***schlägt vor, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass*** die Verwendung von ***Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie*** delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten***, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden***;	11. ***lehnt*** die ***übermäßige*** Verwendung von delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten ***ab***; ***betont, dass bei der Umsetzung aller Rechtsvorschriften das Subsidiaritätsprinzip zu beachten ist;***

Or. en

Änderungsantrag 154
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel,

Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***schlägt vor***, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um ***eine Frist*** für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;	11. ***fordert***, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um ***klare Fristen*** für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird***, wobei sicherzustellen ist, dass diese Leitlinien ebenfalls auf inklusive und ausgewogene Weise unter Einbeziehung aller betroffenen Interessenträger ausgearbeitet werden***; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 155
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***schlägt vor***, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die	11. ***fordert***, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird***, um Rechtsunsicherheit und Verzögerungen bei der Umsetzung zu vermeiden***; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische

Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;	Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 156
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. ***schlägt vor***, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;	11. ***fordert***, dass die Kommission einen Mechanismus entwickelt, um eine Frist für die Veröffentlichung von Leitlinien und Durchsetzungsmaßnahmen festzulegen, bevor eine Verordnung wirksam wird; fordert, dass die Verwendung von Rechtsvorschriften der Stufe 2, wie delegierten Rechtsakten und Durchführungsrechtsakten, auf technische Fragen beschränkt wird und dass klare Zeitpläne und ausreichende Fristen für die Wirtschaftsakteure sichergestellt werden;

Or. en

Änderungsantrag 157
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von	12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von

Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; ***empfiehlt, von Fall zu Fall Moratorien für neue Vorschriften in hochinnovativen Sektoren in Erwägung zu ziehen, um deren natürliche Entwicklung zu ermöglichen und den Marktteilnehmern die Anpassung an neue Bedingungen zu erleichtern;*** spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Or. en

Änderungsantrag 158
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;	12. ***betont, wie wichtig Start-up-Unternehmen und expandierende Jungunternehmen für das Vorantreiben von Innovationen und die Sicherung der künftigen Führungsrolle Europas in kritischen Wirtschaftszweigen sind;*** fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-

	Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Or. en

Änderungsantrag 159
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung ***von*** Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;	12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung ***der*** Innovation***, der Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze sowie der Umwelt- und Klimaziele im Einklang mit den internationalen Verpflichtungen*** zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Or. en

Änderungsantrag 160
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung ***von*** Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;	12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung ***eines starken Verbraucherschutzes und der Innovation*** zu konzipieren; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Or. en

Änderungsantrag 161
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert ***die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe*** nachdrücklich ***auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen*** Maßnahmen und Vorschriften ***in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren***; ***schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf*** KMU und Start-up-Unternehmen ***liegen sollte***; ***spricht sich für die Einrichtung von*** „EU-Innovationszentren“ ***in allen Mitgliedstaaten aus***;	12. fordert nachdrücklich***, dass innovationsbezogene*** Maßnahmen und Vorschriften ***in der ausschließlichen Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleiben***; ***unterstützt die freiwillige Nutzung von Reallaboren auf nationaler Ebene, insbesondere zum Nutzen von*** KMU und Start-up-Unternehmen; ***lehnt die Schaffung zentralisierter*** „EU-Innovationszentren“ ***ab***; ***befürwortet dezentrale nationale Initiativen, die auf die innerstaatlichen Bedürfnisse zugeschnitten sind;***

Or. en

Änderungsantrag 162
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;	12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation ***und Wettbewerbsfähigkeit*** zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Or. en

Änderungsantrag 163
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. ***fordert die*** Kommission und ***die*** beiden gesetzgebenden ***Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen*** Maßnahmen und Vorschriften ***in Einklang zu bringen*** und so ***künftige*** Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren; ***schlägt vor, Reallabore in***	12. ***legt der*** Kommission und ***den*** beiden gesetzgebenden ***Organen*** nahe, ***innovationsfreundliche*** Maßnahmen und Vorschriften ***zu fördern und dabei stets hohe Standards, die uneingeschränkte Achtung des in den EU-Verträgen verankerten Vorsorgeprinzips und den wirksamen Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger sowie der***

alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Verbraucherinnen und Verbraucher sicherzustellen und so ***zukunftssichere*** Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren; spricht sich für die Einrichtung von „EU-Innovationszentren“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Or. en

Änderungsantrag 164
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „***EU-Innovationszentren***“ in allen Mitgliedstaaten aus;	12. fordert die Kommission und die beiden gesetzgebenden Organe nachdrücklich auf, regulatorische Vorsicht mit innovationsfreundlichen Maßnahmen und Vorschriften in Einklang zu bringen und so künftige Vorschriften unter dem Gesichtspunkt der Berücksichtigung von Innovation zu konzipieren; schlägt vor, Reallabore in alle künftigen Regulierungen aufzunehmen, die innovative Sektoren betreffen, wobei ein besonderer Schwerpunkt auf KMU und Start-up-Unternehmen liegen sollte; spricht sich für die Einrichtung von „***Innovationszentren***“ in allen Mitgliedstaaten aus;

Or. de

Änderungsantrag 165
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und fordert***, dass das Mitglied der Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt***, um die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften ***und sektorspezifische Vereinfachung*** sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die Kommission auf, ***weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen***;	13. ***nimmt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission ***zur Kenntnis*** und fordert ***eine effiziente Zusammenarbeit und Koordinierung innerhalb des Kollegiums der Kommissionsmitglieder***, um die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften sicherzustellen***, wobei die hohen Standards der EU zu wahren sind***; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, ***soweit dies relevant ist,*** den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch ***und unter Berücksichtigung der Grundsätze der besseren Rechtsetzung*** zu bewerten; fordert die Kommission auf, ***eine ausgewogene Vertretung der Interessenträger und einen transparenten Konsultationsprozess sicherzustellen***; ***nimmt insbesondere die Zusage der Kommission zur Kenntnis, bei den Umsetzungsdialogen im Rahmen des vereinbarten Pakts für den europäischen sozialen Dialog die Einbeziehung der Sozialpartner sicherzustellen;***
	Or. en

Änderungsantrag 166
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission ***und fordert, dass das Mitglied der Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ordnungsgemäße*** Umsetzung ***der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische***	13. ***lehnt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission ***ab***; ***ist der Ansicht, dass die*** Umsetzung ***und*** Vereinfachung ***weiterhin vollständig in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten verbleiben sollten, ohne zusätzliche bürokratische Ebenen auf EU-Ebene zu***

Vereinfachung ***sicherzustellen***; ***fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur*** Vereinfachung ***vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen***;

schaffen;

Or. en

Änderungsantrag 167
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der ***Kommission*** und fordert, dass das Mitglied der ***Kommission*** über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ***ordnungsgemäße*** Umsetzung ***der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die*** Rechtsvorschriften ***für den Binnenmarkt zu straffen***;	13. begrüßt die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der ***EU-Kommission*** und fordert, dass das Mitglied der ***EU-Kommission gemeinsam mit den Mitgliedstaaten*** über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die Umsetzung ***und Adaptierung der*** Rechtsvorschriften ***auf die Bedürfnisse der Mitgliedstaaten sowie sektorspezifische Vereinfachungen sicherzustellen***;

Or. de

Änderungsantrag 168
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und*** fordert, dass ***das Mitglied der*** Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; ***fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;***	13. fordert, dass ***die*** Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten;

Or. en

Änderungsantrag 169
Anna-Maja Henriksson, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und fordert, dass das Mitglied der Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die	13. begrüßt die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und fordert, dass das Mitglied der Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten ***sowie eng***

Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;	***zusammenzuarbeiten, um Kohärenz sicherzustellen und greifbare Ergebnisse bei der Vereinfachung und Optimierung zu erzielen***; fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;

Or. en

Änderungsantrag 170
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. begrüßt die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und fordert, dass das Mitglied der Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;	13. begrüßt die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und fordert, dass das Mitglied der Kommission über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um die ordnungsgemäße Umsetzung ***und Durchsetzung*** der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die Kommission auf, ***soweit erforderlich und gerechtfertigt,*** weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;

Or. en

Änderungsantrag 171
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und fordert, dass das Mitglied der Kommission ***über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um*** die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften ***und sektorspezifische Vereinfachung sicherzustellen***; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; ***fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;***	13. ***nimmt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission ***zur Kenntnis*** und fordert, dass das Mitglied der Kommission ***in Zusammenarbeit mit den zuständigen Kommissionsmitgliedern und unter Einhaltung der Grundsätze der besseren Rechtsetzung sowie unter ordnungsgemäßer Einbeziehung der Interessenträger*** die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften ***sicherstellt***; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; ***stellt fest, dass ein stabiles und berechenbares Regelungsumfeld eine Voraussetzung für Rechtsklarheit und Rechtssicherheit für alle ist;***

Or. en

Änderungsantrag 172
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. ***begrüßt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission und fordert, dass das Mitglied der Kommission ***über angemessene Ressourcen und Befugnisse verfügt, um*** die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung ***sicherzustellen***; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf,	13. ***nimmt*** die Ernennung eines für Umsetzung und Vereinfachung zuständigen Mitglieds der Kommission ***zur Kenntnis*** und fordert, dass das Mitglied der Kommission die ordnungsgemäße Umsetzung der EU-Rechtsvorschriften und sektorspezifische Vereinfachung ***sicherstellt***; fordert alle Kommissionsmitglieder nachdrücklich auf, den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in

den Straffungs- und Umsetzungsbedarf in ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;	ihren jeweiligen Politikbereichen systematisch zu bewerten; fordert die Kommission auf, weiterhin „Omnibus“-Vorschläge zur Vereinfachung vorzulegen, um die Rechtsvorschriften für den Binnenmarkt zu straffen;

Or. en

Änderungsantrag 173
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 13 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	13a. nimmt den Vorschlag der Kommission zur Kenntnis, die regelmäßigen Kontakte mit Interessenträgern und Fachleuten zu intensivieren, um Informationen zu sammeln, die Fortschritte zu bewerten und Bereiche zu ermitteln, in denen Änderungen im Binnenmarkt erforderlich sind, indem jedes Kommissionsmitglied mindestens zwei Umsetzungsdialoge pro Jahr veranstaltet; ist der Ansicht, dass diese Stellungnahmen zu einem wirksamen Omnibus-Vereinfachungsvorschlag beitragen können;

Or. en

Änderungsantrag 174
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. stellt fest, dass ***die Kommission***	14. stellt fest, dass ***der freie Markt auf***

zwar die Aufdeckung und Behebung von Verstößen gegen das EU-Recht verbessert hat, die Durchsetzung der EU-Vorschriften und die Behebung von Verstößen im Binnenmarkt jedoch immer noch zu viel Zeit in Anspruch nimmt; ***fordert die Kommission auf, ihrer Rolle als Hüterin der Verträge gerecht zu werden, indem sie ihre Durchsetzungsbefugnisse, gegebenenfalls auch die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren, uneingeschränkt nutzt, um die rechtzeitige, kohärente und wirksame Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften sicherzustellen;***	***der Grundlage von Selbstregulierungsprinzipien ohne unnötige Eingriffe der EU funktionieren sollte***;

Or. en

Änderungsantrag 175
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. stellt fest, dass die Kommission zwar die Aufdeckung und Behebung von Verstößen gegen das EU-Recht verbessert hat, die Durchsetzung der EU-Vorschriften und die Behebung von Verstößen im Binnenmarkt jedoch immer noch zu viel Zeit in Anspruch nimmt; ***fordert die Kommission auf, ihrer Rolle als Hüterin der Verträge gerecht zu werden, indem sie ihre Durchsetzungsbefugnisse, gegebenenfalls auch die Einleitung von Vertragsverletzungsverfahren, uneingeschränkt nutzt, um die rechtzeitige, kohärente und wirksame Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften sicherzustellen;***	14. stellt fest, dass die Kommission zwar die Aufdeckung und Behebung von Verstößen gegen das EU-Recht verbessert hat, die Durchsetzung der EU-Vorschriften und die Behebung von Verstößen im Binnenmarkt jedoch immer noch zu viel Zeit in Anspruch nimmt;

Or. de

Änderungsantrag 176
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Kommission auf, die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, indem sie ihre Vertragsverletzungsverfahren überarbeitet, um schnellere, in stärkerem Maße automatisierte und vorhersehbarere Reaktionen sicherzustellen; betont, dass gegen regulatorische Fragmentierung und Überregulierung durch die Mitgliedstaaten vorgegangen werden muss, da dadurch die Gleichheit der Wettbewerbsbedingungen und die Rechtssicherheit untergraben werden; empfiehlt die Einrichtung einer ständigen Plattform für die Zusammenarbeit bei der Durchsetzung auf der Grundlage des SMET-Modells mit strukturierten Beiträgen der Interessenträger und grenzübergreifender Koordinierung; unterstützt den Einsatz gezielter Mechanismen, um eindeutig nicht konforme nationale Maßnahmen bis zum Abschluss der Untersuchung vorübergehend auszusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 177
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. betont, dass das gegenseitige

Verständnis und die gegenseitige Achtung in Bezug auf die Vielfalt der Mitgliedstaaten und ihren Ermessensspielraum gemäß den Verträgen bei der Umsetzung von Richtlinien im Hinblick auf die Verwirklichung gemeinsamer Ziele gefördert werden müssen, wobei die Mittel zur Erreichung dieser Ziele dem Ermessen der Mitgliedstaaten überlassen bleiben müssen; weist darauf hin, dass es wichtig ist, die konstitutionellen Vorrechte der Mitgliedstaaten zu achten, über die festgelegten EU-Mindeststandards hinauszugehen, insbesondere im sozialen und ökologischen Bereich;

Or. en

Änderungsantrag 178
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. fordert die Kommission auf, die Durchsetzung der Dienstleistungsrichtlinie zu stärken, und fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, nationale Vorschriften zu streichen, die die Niederlassung oder die grenzübergreifende Erbringung von Dienstleistungen einschränken; empfiehlt, die Vertragsverletzungsverfahren auszuweiten, um systematische Verstöße gegen die Binnenmarktvorschriften zu bekämpfen, und unterstützt die Schaffung eines Mechanismus zur Ermittlung und Beseitigung struktureller Hindernisse in Zusammenarbeit mit der Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (SMET) und den nationalen Koordinatoren;

Or. en

Änderungsantrag 179
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die Kommission auf, bestehende Durchsetzungsinstrumente wie SOLVIT und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts anzugehen;	***entfällt***

Or. de

Änderungsantrag 180
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die Kommission auf, bestehende Durchsetzungsinstrumente wie SOLVIT und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts anzugehen;	15. ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, das derzeitige Instrumentarium zur Sicherstellung der Einhaltung der Vorschriften wirksamer zu nutzen;*** fordert die Kommission auf, bestehende Durchsetzungsinstrumente wie SOLVIT und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts anzugehen; ***fordert die Durchsetzungsbehörden in den Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Zusammenarbeit zu verbessern und für eine straffere, zweckmäßigere und***

harmonisierte Umsetzung zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 181
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. ***fordert die Kommission auf, bestehende Durchsetzungsinstrumente wie SOLVIT und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren*** des ***Binnenmarkts anzugehen***;	15. ***hebt die Selbstregulierungskraft*** des ***freien Marktes hervor und spricht sich gegen Eingriffe von Organen und Einrichtungen der Union aus***;

Or. en

Änderungsantrag 182
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die Kommission auf, bestehende Durchsetzungsinstrumente wie SOLVIT und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts anzugehen;	15. fordert die Kommission auf, bestehende Durchsetzungsinstrumente wie SOLVIT ***, die Produktinfostellen*** und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 183
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. fordert die Kommission auf, bestehende ***Durchsetzungsinstrumente*** wie SOLVIT und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts anzugehen;	15. fordert die Kommission auf, bestehende ***Durchsetzungs- und Kooperationsinstrumente*** wie SOLVIT und die Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften zu stärken, um Probleme im Zusammenhang mit dem Funktionieren des Binnenmarkts anzugehen;

Or. en

Änderungsantrag 184
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass formalisierte Koordinierungsmechanismen zwischen den nationalen Regulierungsbehörden erforderlich sind, um Inkohärenzen bei der Durchsetzung zu verringern und eine kohärente Anwendung der Rechtsvorschriften in der gesamten EU sicherzustellen; fordert die Kommission auf, behördenübergreifende Netze wie ECN, CPC, DSC und den KI-Ausschuss auszubauen und die Einrichtung von Koordinierungsplattformen auf nationaler Ebene zu unterstützen; fordert die Kommission auf, die Ausweitung des einheitlichen digitalen Zugangstors auf weitere Online-Dienste für die Bürgerinnen und Bürger und die Unternehmen fortzusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 185
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. betont, dass die Instrumente und Prozesse, die eine effiziente Umsetzung und Straffung unterstützen, effizient und kohärent arbeiten müssen, um einen wirksamen und gestrafften Rechtsrahmen für den Binnenmarkt zu schaffen; fordert die Kommission daher auf, eine Bestandsaufnahme der Instrumente, Mechanismen und Verfahren durchzuführen, die zur Entwicklung und Verwaltung von EU-Rechtsvorschriften verwendet werden, um die Kohärenz zu verbessern sowie diese Strukturen zu konsolidieren und zu straffen;

Or. en

Änderungsantrag 186
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. betont, dass eine effiziente Koordinierung und Straffung der Umsetzung und Regulierung auf nationaler Ebene von entscheidender Bedeutung ist, um die Fragmentierung des Binnenmarkts zu verringern; fordert die Mitgliedstaaten auf, ein eigene Binnenmarktstelle einzurichten, um eine

effiziente und kohärente Umsetzung und Umsetzung der EU-Vorschriften zu erleichtern;

Or. en

Änderungsantrag 187
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;	***entfällt***

[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 188
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;	***entfällt***

[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 189
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. ***betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor;*** betont,	16. betont, dass ***ein wettbewerbsfähigeres Marktumfeld ohne zusätzliche Vorschriften oder Hindernisse erforderlich ist***;

dass ***die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie sichergestellt werden muss***; ***fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;***

---

[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 190
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; ***betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;***	16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor;

---

[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. de

Änderungsantrag 191
Andreas Schwab

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;	16. betont ***– angesichts der Tatsache, dass 70 % des BIP der EU auf den Dienstleistungssektor entfallen –*** die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; ***hebt hervor, dass die grenzüberschreitende Dimension des Dienstleistungssektors in der EU unzureichend ist;*** betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss***, deren Umsetzung aufgrund nach wie vor bestehender Hindernisse, die insbesondere KMU belasten und sie in ihrer Fähigkeit zur Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen einschränken, nur teilweise zum Ziel geführt hat***; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;

[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen

[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen

Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.	Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 192
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; ***fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;***	16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss;
[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.	[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 193

Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;	16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; ***fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die im Rahmen der Dienstleistungsrichtlinie bestehenden Notifizierungsverfahren zu verbessern, und*** fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;
[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.	[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 194
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des	16. betont die entscheidende Rolle des

freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; ***fordert*** die Kommission ***auf***, ***neue*** Initiativen und ***gezielte sektorspezifische*** Maßnahmen ***einzuführen***, ***um*** die Marktintegration ***zu*** verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;	freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die einheitliche Anwendung der Dienstleistungsrichtlinie[3] sichergestellt werden muss; ***ersucht*** die Kommission***, die Einführung neuer*** Initiativen und ***gezielter sektorspezifischer*** Maßnahmen ***zu prüfen***, ***die*** die Marktintegration verbessern ***könnten, ohne den nationalen Interessen der Mitgliedstaaten zuwiderzulaufen,*** und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;
[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.	[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 195
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die ***einheitliche Anwendung der*** Dienstleistungsrichtlinie[3] ***sichergestellt*** werden muss; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen,	16. betont die entscheidende Rolle des freien Dienstleistungsverkehrs bei der Erschließung des wirtschaftlichen Potenzials und stellt fest, dass die Integration in diesem Sektor nach wie vor schwächer ist als im Warensektor; betont, dass die Dienstleistungsrichtlinie[3] ***verbessert*** werden muss; fordert die Kommission auf, neue Initiativen und gezielte sektorspezifische Maßnahmen einzuführen, um die Marktintegration zu

um die Marktintegration zu verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;	verbessern und gleichzeitig die regulatorische Kohärenz zu wahren und eine Fragmentierung der Binnenmarktvorschriften zu verhindern;
[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.	[3] Richtlinie 2006/123/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2006 über Dienstleistungen im Binnenmarkt, ABl. L 376 vom 27.12.2006, S. 36, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2006/123/oj.

Or. en

Änderungsantrag 196
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. weist darauf hin, dass die Freiheit des Dienstleistungsverkehrs, die in Artikel 56 AEUV garantiert ist, eine tragende Säule für das Funktionieren des EU-Binnenmarkts ist; bedauert, dass die Unternehmen sich trotz des formalen Bestehens dieses Grundsatzes weiterhin mit erheblichen Hindernissen bei der grenzübergreifenden Erbringung von Dienstleistungen konfrontiert sehen; betont, dass diese Hindernisse in vielfältiger Form auftreten – von lokalen Verwaltungsauflagen und unverhältnismäßigen Sanktionen bis hin zu nationalen technischen Vorschriften, die in der Praxis als faktische Hindernisse für den Marktzugang wirken; betont, dass diese Hindernisse nicht nur zu direkten finanziellen Verlusten für Dienstleister führen, sondern auch zu einer umfassenderen Schwächung der globalen Wettbewerbsfähigkeit der Union;

Or. en

Änderungsantrag 197
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. fordert die Kommission auf, die systematische, zeitnahe und transparente Anwendung der Notifizierungsverfahren im Rahmen der Transparenzrichtlinie für den Binnenmarkt sicherzustellen und die notifizierten Maßnahmen auf ihre Notwendigkeit und Verhältnismäßigkeit zu prüfen; betont, dass die ungerechtfertigte Fragmentierung der Rechtsvorschriften angegangen werden muss, indem die Zusammenarbeit und die gegenseitige Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten und ihren zuständigen Behörden, insbesondere in den Bereichen Marktüberwachung und Wettbewerb, gestärkt werden; betont, dass es wichtig es ist, strukturelle Hindernisse, einschließlich regionaler Angebotsbeschränkungen, zu beseitigen, um einen stärker integrierten, wettbewerbsfähigen und verbraucherfreundlichen Binnenmarkt zu erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 198
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. fordert die Kommission auf, im Rahmen ihrer anstehenden Binnenmarktstrategie regionale Angebotsbeschränkungen anzugehen, da sie anhaltende Hindernisse darstellen, die den Wettbewerb verringern und die Lebenshaltungskosten beeinträchtigen; bekräftigt, dass diese Arten von Beschränkungen unterschiedlicher Art sein können, beispielsweise die Verweigerung der Lieferung bestimmter Erzeugnisse oder der Erbringung bestimmter Dienstleistungen, die Androhung der Einstellung der Belieferung eines bestimmten Vertriebshändlers, die Beschränkung der zum Verkauf verfügbaren Mengen, die unerklärte Differenzierung der Produktpaletten und Preise zwischen den Mitgliedstaaten oder die Beschränkung der Sprachoptionen für die Produktverpackung;

Or. en

Änderungsantrag 199
Sabine Verheyen, Axel Voss

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. betont, wie wichtig verhältnismäßige und klar definierte Ausnahmen von den Binnenmarktvorschriften wie die Behandlung audiovisueller Dienste in der Geoblocking-Verordnung sind; weist darauf hin, dass der Dialog mit den Interessenträgern die zentrale Bedeutung des territorialen Funktionierens des audiovisuellen Sektors hervorgehoben hat, eines Sektors, der für die EU sowohl in wirtschaftlicher als auch in kultureller

Hinsicht von entscheidender Bedeutung ist und für die Wahrung der kulturellen und sprachlichen Vielfalt und des Medienpluralismus in der EU unerlässlich ist;

Or. en

Änderungsantrag 200
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. betont, dass der derzeitige Binnenmarktrahmen Lohndumping und niedrige Arbeitsstandards fördert; stellt fest, dass diese Praxis sowohl den europäischen Verbrauchern als auch den Arbeitnehmern und Unternehmen zum Nachteil gereicht; betont, dass die Förderung guter Sozial- und Umweltstandards im Rahmen des Binnenmarkts die Widerstandsfähigkeit stärken und die übermäßige Abhängigkeit von Drittländern verringern würde;

Or. en

Änderungsantrag 201
Andreas Schwab

Entschließungsantrag
Ziffer 16 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16a. stellt fest, dass die Vereinfachung von Verwaltungsverfahren wie Lizenzierungs-, Zertifizierungs- und Compliance-Prozessen von wesentlicher Bedeutung ist, um Kosten und Rechtsunsicherheiten, insbesondere für

KMU, zu verringern; hebt hervor, dass durch gestraffte Verfahren KMU in die Lage versetzt würden, im Binnenmarkt wirksam zu agieren;

Or. en

Änderungsantrag 202
Andreas Schwab

Entschließungsantrag
Ziffer 16 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	16b. stellt fest, dass das Formular A1, das gemäß der Verordnung (EG) Nr. 883/2004 für die Überprüfung des Sozialversicherungsstatus entsandter Arbeitnehmer erforderlich ist, nach wie vor erhebliche Hindernisse für die grenzübergreifende Erbringung von Dienstleistungen darstellt; unterstützt nachdrücklich die Digitalisierung des Formulars A1 in allen Mitgliedstaaten, um die Verfahren für grenzübergreifende Dienstleistungen zu straffen;

Or. en

Änderungsantrag 203
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert;	17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert; ***empfiehlt der Kommission, die Anwendung der***

Richtlinie über Berufsqualifikationen in allen Mitgliedstaaten weiter zu evaluieren und Maßnahmen zur Behebung von Inkohärenzen bei Anerkennungsverfahren zu ermitteln; betont, dass gestraffte, automatische Verfahren und beschleunigte Mechanismen erforderlich sind, um die Anerkennung von Berufsqualifikationen zu erleichtern, insbesondere in Branchen, in denen Arbeitskräftemangel herrscht;

Or. en

Änderungsantrag 204
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert;	17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert; ***betont, dass die Binnenmarktvorschriften für die Freizügigkeit der Arbeitnehmer niemals dazu genutzt werden dürfen, die Vereinigungsfreiheit zu untergraben oder Organisationen mit hohen Arbeits- und Nachhaltigkeitsstandards durch Sozialdumping zu untergraben; fordert die Kommission auf, dafür zu sorgen, dass der Binnenmarkt keinen Wettlauf nach unten bei Sozial- und Umweltstandards fördert;***

Or. en

Änderungsantrag 205
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Regina Doherty

Entschließungsantrag

Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert;	17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert; ***betont, dass administrative Hindernisse, eine uneinheitliche Anerkennung von Qualifikationen und unterschiedliche nationale Vorschriften zur sozialen Sicherheit die grenzüberschreitende Mobilität behindern, den Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel verschärfen und die Wettbewerbsfähigkeit der Union schwächen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Durchsetzung und Koordinierung zu verstärken, um diese Hindernisse wirksam anzugehen;***

Or. en

Änderungsantrag 206
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert;	17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert ***und das Wettbewerbsgefälle zwischen der EU und ihren globalen Wettbewerbern vergrößert***;

Or. en

Änderungsantrag 207
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert;	17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert ***und das Wettbewerbsgefälle zwischen der EU und ihren globalen Wettbewerbern vergrößert***;

Or. en

Änderungsantrag 208
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***stellt fest***, dass ***Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften*** das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts***, einschließlich der Freizügigkeit der Arbeitnehmer, behindert***;	17. ***betont***, dass das wirksame Funktionieren des Binnenmarkts ***nicht von externen Durchsetzungsmechanismen abhängen sollte, sondern vielmehr von den Selbstregulierungsprinzipien des freien Markts***;

Or. en

Änderungsantrag 209
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren ***des Binnenmarkts***, einschließlich der	17. stellt fest, dass Inkohärenz bei der Umsetzung der EU-Vorschriften das wirksame Funktionieren ***nationaler Arbeitsmärkte***, einschließlich der ***Schutz***

Freizügigkeit der Arbeitnehmer, ***behindert***;

lokaler Arbeitnehmer, ***befördert***;

Or. de

Änderungsantrag 210
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. stellt fest, dass trotz der Existenz der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen das Fehlen von Mechanismen für die gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen und Kompetenzen in allen Mitgliedstaaten die Mobilität qualifizierter Arbeitnehmer weiterhin behindert; hebt hervor, dass die Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen auf dem Grundsatz der Gleichbehandlung und auf dem Verbot der Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit aufbaut;

Or. en

Änderungsantrag 211
Andreas Schwab

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. ist der Auffassung, dass der Binnenmarkt in Krisenzeiten ein wichtiges Instrument ist, wenn die Mitgliedstaaten koordiniert handeln können; ist der Ansicht, dass das kürzlich verabschiedete Binnenmarkt-Notfall- und Resilienzgesetz (IMERA) von

entscheidender Bedeutung sein wird, um eine solche Koordinierung sicherzustellen, Engpässe zu verhindern und das reibungslose Funktionieren des Binnenmarkts, einschließlich des freien Verkehrs wesentlicher Waren und Dienstleistungen in der gesamten EU, sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 212
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. stellt fest, dass die Unternehmen allein im digitalen Sektor mit einem komplexen Regelungsumfeld und über 250 Regulierungsbehörden in den Mitgliedstaaten konfrontiert sind, was Unternehmen in erheblichem Maße davon abhält, in der EU zu investieren;

Or. en

Änderungsantrag 213
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. fordert eine Verringerung der Zahl der reglementierten Berufe, wenn sie nur in einem oder wenigen Mitgliedstaaten reglementiert sind, um den Binnenmarkt für Dienstleistungen zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 214
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind; betont, wie wichtig es ist, das Normungssystem der EU zu schützen und seine operative Integrität zu wahren;	18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts ***und die Sicherstellung einer strikten Durchsetzung der EU-Rechtsvorschriften in den Bereichen Verbraucherschutz und digitaler Schutz sowie hoher Sozial- und Umweltstandards*** sind; betont, wie wichtig es ist, das Normungssystem der EU zu schützen und seine operative Integrität zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 215
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind; betont, wie wichtig es ist, das Normungssystem der EU zu schützen und seine operative Integrität zu wahren;	18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind***, beispielsweise bei der Schaffung eines Binnenmarkts im Verteidigungsbereich***; betont, wie wichtig es ist, das Normungssystem der EU zu schützen und seine operative Integrität zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 216
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind; betont, wie wichtig es ist, das Normungssystem der EU zu schützen und seine operative Integrität zu wahren;	18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind; betont, wie wichtig es ist, das Normungssystem der EU zu schützen***, es in den Bereichen, in denen Probleme festgestellt worden sind, zu verbessern*** und seine operative Integrität zu wahren;

Or. en

Änderungsantrag 217
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind; betont, wie wichtig es ist, ***das Normungssystem der EU*** zu schützen und ***seine*** operative Integrität zu wahren;	18. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren ***nationaler Märkte sowie*** des Binnenmarkts sind; betont, wie wichtig es ist, ***bewährte Normungssysteme*** zu schützen und ***deren*** operative Integrität zu wahren;

Or. de

Änderungsantrag 218
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. ***weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind; betont, wie wichtig es ist, das Normungssystem der EU zu schützen und seine operative Integrität zu wahren***;	18. ***hebt hervor, dass die nationalen Normungssysteme geschützt werden müssen und die Flexibilität der Mitgliedstaaten zur Anpassung der Vorschriften an ihre spezifischen Bedürfnisse gewahrt bleiben muss***;

Or. en

Änderungsantrag 219
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. betont, dass gerechtfertigte Berichtspflichten erforderlich sind, um die ordnungsgemäße Überwachung und Einhaltung der erlassenen Verordnung sicherzustellen und damit eine wirksame Durchsetzung und eine verbesserte Datenerhebung als Grundlage für künftige politische Initiativen sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 220
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie	***entfällt***

gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;

Or. en

Änderungsantrag 221
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 222
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die ***Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt***; ***erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;***	19. fordert die ***Verringerung unnötiger regulatorischer Belastungen und übermäßiger Berichtspflichten***;

Or. en

Änderungsantrag 223
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-	19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, ***den*** unnötigen ***überbordenden Regulierungsrahmen der EU und bürokratische Verfahren*** wie Meldeaufwand zu ***ermitteln, zu beseitigen und zu*** verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines

Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;	digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig; ***nimmt das Ziel der Kommission zur Kenntnis, den Meldeaufwand für alle Unternehmen um mindestens 25 % und für KMU um 35 % zu verringern;***

Or. en

Änderungsantrag 224
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern***, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft*** und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit ***sicherstellt;*** erachtet ***maßgeschneiderte*** Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;	19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit ***sicherzustellen, ohne die politischen Ziele, die mit den Anforderungen umgesetzt werden sollen, und die Zwecke, für die die gesammelten Informationen verwendet werden, zu beeinträchtigen;*** erachtet ***flexible*** Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, ***unter gebührender Berücksichtigung der Risiken einer Fragmentierung entlang der Wertschöpfungskette und einer Untergrabung der politischen Ziele durch Ausnahmeregelungen,*** die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;

Or. en

Änderungsantrag 225
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola

Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen***,*** die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds ***und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen,*** als äußerst wichtig;	19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet ***den Grundsatz „Vorfahrt für KMU“ sowie*** maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen ***und*** die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds***, das durch vertrauenswürdige digitale Identitäten, sicheren Datenaustausch und rechtlich anerkannte digitale Mitteilungen unterstützt wird,*** als äußerst wichtig; ***weist darauf hin, dass der Grundsatz der einmaligen Erfassung aufrechterhalten werden muss, um die Compliance-Verfahren zu straffen;***

Or. en

Änderungsantrag 226
Morten Løkkegaard, Svenja Hahn, Jeannette Baljeu, Yvan Verougstraete, Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei	19. fordert die Kommission nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ergreift und beispielsweise die Meldeintervalle verlängert, redundante Verpflichtungen abschafft und bei

sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;	sektorspezifischen Anforderungen die Verhältnismäßigkeit sicherstellt; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig; ***weist darauf hin, dass es wichtig ist, die Berichterstattungsformate und digitalen Schnittstellen in den Mitgliedstaaten zu harmonisieren;***

Or. en

Änderungsantrag 227
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die ***Kommission*** nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ***ergreift*** und beispielsweise die Meldeintervalle ***verlängert***, redundante Verpflichtungen ***abschafft*** und bei sektorspezifischen Anforderungen die ***Verhältnismäßigkeit sicherstellt***; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;	19. fordert die ***EU-Kommission und die Mitgliedstaaten*** nachdrücklich auf, unnötigen Meldeaufwand zu verringern, indem sie gezielte Maßnahmen in dieser Hinsicht ***ergreifen*** und beispielsweise die Meldeintervalle ***verlängern***, redundante Verpflichtungen ***abschaffen*** und bei sektorspezifischen Anforderungen die ***Verhältnismäßigkeiten sicherstellen***; erachtet maßgeschneiderte Ansätze für KMU und Start-up-Unternehmen, die Förderung eines digitalen Unternehmensumfelds und die Aufrechterhaltung des Grundsatzes der einmaligen Erfassung, um die Compliance-Verfahren zu straffen, als äußerst wichtig;

Or. de

Änderungsantrag 228
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Filip Turek, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags;	***entfällt***

Or. en

Änderungsantrag 229
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen, und würdigt ***das Potenzial dieses Vorschlags***;	20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen, und würdigt ***diesen Vorschlag***; ***betont, dass die Gefahr besteht, dass diese Umsetzung dazu genutzt wird, nationale Rechtsvorschriften, Tarifverträge, Gewerkschaftsrechte und Sozialschutzbestimmungen zu umgehen, was einen Verstoß gegen die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit darstellen würde; betont, dass jeder Versuch, zu einem solchen System überzugehen, nicht mit einer Deregulierung oder Umgehung von Schutzmaßnahmen auf nationaler oder branchenspezifischer Ebene einhergehen darf;***

Or. en

Änderungsantrag 230
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. ***nimmt*** die Absicht der Kommission ***zur Kenntnis***, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen ***zu*** unterstützen***, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags***;	20. ***begrüßt*** die Absicht der Kommission, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt***, ein Geschäftsumfeld zu schaffen, das Innovation, Investitionen und globale Wettbewerbsfähigkeit auf europäischer Ebene fördert; betont, dass ein solcher Vorschlag*** das Wachstum ***und die Expansion*** kleinerer und innovativer Unternehmen unterstützen ***und somit zur Entwicklung europäischer „Champions“ beitragen wird, die im Bereich der digitalen Wirtschaft und der Kreislaufwirtschaft weltweit wettbewerbsfähig sind***;

Or. en

Änderungsantrag 231
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags;	20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen ***und die Rolle der künftigen European Business Wallet (Europäische Brieftasche für Unternehmen) zu stärken***, und würdigt

das Potenzial dieses Vorschlags;

Or. en

Änderungsantrag 232
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. ***nimmt*** die Absicht der Kommission ***zur Kenntnis***, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen***, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags***;	20. ***lehnt*** die Absicht der Kommission ***ab***, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen;

Or. en

Änderungsantrag 233
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen***, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags***;	20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen;

Or. en

Änderungsantrag 234
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, ***eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt,*** das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen ***zu unterstützen***, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags;	20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, ***EU-Verordnungen abzuschaffen, die*** das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen ***behindern***, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags;

Or. de

Änderungsantrag 235
Dóra Dávid

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum kleinerer und innovativer Unternehmen zu unterstützen, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags;	20. nimmt die Absicht der Kommission zur Kenntnis, eine neue EU-weite Rechtsordnung, die „28. Rechtsordnung“, vorzuschlagen, die darauf abzielt, das Wachstum ***von KMU, einschließlich*** kleinerer und innovativer Unternehmen**,** zu unterstützen, und würdigt das Potenzial dieses Vorschlags;

Or. en

Änderungsantrag 236
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Digitalisierung und künstliche Intelligenz	Digitalisierung und künstliche Intelligenz

für Wachstum ***und*** Governance	für Wachstum***,*** Governance ***und Verbraucherschutz***

Or. en

Änderungsantrag 237
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; fordert die Kommission auf, ***eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante*** Digitalpaket ***aufzunehmen***; fordert die Kommission auf, ***den Rechtsrahmen und*** das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie ***zwischen diesen Rechtsakten und*** künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme ***durch die Kommission*** zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;	21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; fordert die Kommission auf, ***eine strukturierte und ehrgeizige Bewertung sowohl der bestehenden als auch der vorgeschlagenen Rechtsvorschriften im digitalen Bereich durchzuführen, um regulatorische Überschneidungen, Inkohärenzen und potenzielle Konflikte bei der Durchsetzung zu ermitteln; betont, dass die Ergebnisse dieser Bestandsaufnahme dazu dienen sollten, die Koordinierung zwischen den Durchsetzungsbehörden der Mitgliedstaaten und den internen Dienststellen der Kommission zu verbessern und eine solide Datenbasis für künftige Omnibus-Vereinfachungsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem*** Digitalpaket ***im Einklang mit dem Ziel einer Verringerung der Verwaltungslasten um mindestens 25 % zu schaffen***; fordert die Kommission auf, das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste, der Datenschutz-Grundverordnung, dem Gesetz über künstliche Intelligenz, den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie sowie ***deren Zusammenhang mit*** künftigen

Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;

---

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Or. en

Änderungsantrag 238
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen; fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;	21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik ***und betont, dass regulatorische Überschneidungen und widersprüchliche Anforderungen bewertet und verringert werden müssen***; fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen; fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden; ***betont insbesondere, dass die Datenschutz-Grundverordnung unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit modernisiert und bewertet und eine stärkere Datennutzung ermöglicht werden muss, um den digitalen Binnenmarkt zu stärken;***
[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI:	[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI:

http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Or. en

Änderungsantrag 239
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ***begrüßt*** die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; ***fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen; fordert die Kommission auf***, ***den Rechtsrahmen und*** das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der	21. ***nimmt*** die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik ***zur Kenntnis***; ***begrüßt die Absicht der Kommission***, das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen

Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;

Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; ***fordert, dass die Politik der besseren Rechtsetzung geachtet wird und keine übereilten Gesetzesvorschläge zur Änderung des EU-Regelwerks für den digitalen Bereich vorgelegt werden;*** besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden; ***fordert, dass die Kommission das im angenommenen Digitalpaket erzielte Gleichgewicht der Interessen nicht verändert, sondern sicherstellt, dass vorgeschlagene Änderungen die wesentlichen Verpflichtungen der Händler und das Schutzniveau für die Verbraucher und ihre Rechte nicht beeinträchtigen, erneut zur Debatte stellen oder verwässern;***

---

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche

Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Or. en

Änderungsantrag 240
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen; fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4] , der Datenschutz-Grundverordnung[5] , dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6] , den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; ***besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;***	21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen; fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4] , der Datenschutz-Grundverordnung[5] , dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6] , den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren;

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des

Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz), Abl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz), Abl. L, 2024/1689, 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Or. de

Änderungsantrag 241
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; ***fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen;***	21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie

fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;

dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;

---

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L,

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L,

2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Or. en

Änderungsantrag 242
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; ***fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen;*** fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt ***und*** angewandt werden;	21. begrüßt die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften über Transparenz und gezielte politische Werbung, den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie***7*** sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren***, um etwaige Überschneidungen oder widersprüchliche Bestimmungen zu ermitteln und diese Mängel zu beheben***; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt***,*** angewandt ***und durchgesetzt*** werden;
[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277	[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277

vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Or. en

Änderungsantrag 243
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 21

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
21. ***begrüßt*** die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik; ***fordert die Kommission auf, eine Omnibus-Vereinfachung in Bezug auf das geplante Digitalpaket aufzunehmen;*** fordert die Kommission auf, den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über digitale Dienste[4], der	21. ***nimmt*** die von der Kommission geplante Eignungsprüfung des legislativen Besitzstands im Bereich der Digitalpolitik ***zur Kenntnis***; fordert die Kommission auf, ***in Konsultation mit Regulierungsbehörden, Netzwerken nationaler Behörden und Interessenträgern*** den Rechtsrahmen und das Zusammenspiel zwischen bestehenden EU-Rechtsakten wie dem Gesetz über

Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;

digitale Dienste[4], der Datenschutz-Grundverordnung[5], dem Gesetz über künstliche Intelligenz[6], den Vorschriften für den elektronischen Geschäftsverkehr und der Produkthaftungsrichtlinie[7] sowie zwischen diesen Rechtsakten und künftigen Gesetzgebungsinitiativen vor ihrer Annahme durch die Kommission zu präzisieren; besteht darauf, dass die Kommission dafür sorgt, dass alle im Zeitraum 2019-2024 von der Kommission angenommenen Gesetze in allen Mitgliedstaaten korrekt und konsequent umgesetzt und angewandt werden;

---

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

[4] Verordnung (EU) 2022/2065 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Oktober 2022 über einen Binnenmarkt für digitale Dienste und zur Änderung der Richtlinie 2000/31/EG (Gesetz über digitale Dienste), ABl. L 277 vom 27.10.2022, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2022/2065/oj.

[5] Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr, ABl. L 119 vom 4.5.2016, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2016/679/oj.

[6] Verordnung (EU) 2024/1689 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Juni 2024 zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Verordnung über künstliche Intelligenz), ABl. L, 2024/1689, vom 12.7.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2024/1689/oj.

[7] Richtlinie (EU) 2024/2853 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2024 über die Haftung für fehlerhafte Produkte, ABl. L, 2024/2853, vom 18.11.2024, ELI: http://data.europa.eu/eli/dir/2024/2853/oj.

Or. en

Änderungsantrag 244
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. weist darauf hin, dass die Einführung digitaler Dienste besondere Herausforderungen mit sich bringt, einschließlich einer erhöhten Exposition gegenüber Cybersicherheitsbedrohungen; betont in diesem Zusammenhang, dass der Cybersicherheitsrahmen der EU der Prävention und Eindämmung von Cyberangriffen Vorrang vor der Erfüllung bürokratischer Verfahren einräumen muss; fordert daher im Hinblick auf das anstehende Paket zur digitalen Vereinfachung eine Überprüfung der Verpflichtungen im Bereich der Cybersicherheit, die horizontale (NIS2, CRA), branchenspezifische (z. B. DORA, NCCS), nationale, EU-weite und internationale Maßnahmen (z. B. Cybersicherheitsstandards, Zertifizierungssysteme) umfassen; empfiehlt in diesem Zusammenhang die Anwendung des Grundsatzes der einzigen Anlaufstelle bei der Meldung von Sicherheitsvorfällen, die Verringerung der Meldepflichten für solche Sicherheitsvorfälle mit wesentlichen Auswirkungen und die Festlegung einer kohärenten Definition des Landes der Hauptniederlassung; fordert ferner, dass angemessene Haftungsausschlussklauseln aufgenommen werden, um Unternehmen vor unbeabsichtigten Spillover-Effekten zu schützen, die sich aus obligatorischen Meldungen an Behörden in allen

einschlägigen Rechtsakten ergeben; ist der Ansicht, dass es erforderlich sein kann, die Umsetzung einzelner Rechtsakte aufzuschieben, um ausreichend Zeit für die Entwicklung und Integration von Normen in die Produkte und Dienstleistungen zu lassen;

Or. en

Änderungsantrag 245
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, im Rahmen des Omnibus-Vereinfachungsprozesses eine gründliche Bewertung der wichtigsten Rechtsvorschriften für den digitalen Bereich vorzunehmen, um die Investitions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen in der EU zu verbessern; fordert einen wettbewerbsorientierten und innovationsfreundlichen Ansatz bei der Gestaltung und Durchsetzung von Vorschriften für den digitalen Bereich, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz; betont, dass die Einführung vertrauenswürdiger KI gefördert werden muss, um die Effizienz der Regulierung zu verbessern, eine bessere Umsetzung und Überwachung der Binnenmarktvorschriften zu unterstützen und die digitale Wettbewerbsfähigkeit der EU zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 246
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola

Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. nimmt den anstehenden Bericht der Kommission über das Zusammenspiel zwischen dem Gesetz über digitale Dienste und anderen Rechtsakten zur Kenntnis und fordert die Kommission auf, in diesem Bericht die Anwendbarkeit sich überschneidender Vorschriften für digitale Dienste zu klären, unter anderem durch die Ermittlung einer möglichen weiteren Vereinfachung der Vorschriften, um die wirksame Umsetzung und Durchsetzung des EU-Regelwerks für den digitalen Bereich zu unterstützen und Dienstanbietern, Nutzern, Verbrauchern und Regulierungsbehörden Rechtssicherheit zu bieten;

Or. en

Änderungsantrag 247
Jorge Martín Frías, Ernő Schaller-Baross, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 21 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, im Rahmen des Omnibus-Vereinfachungsprozesses eine gründliche Bewertung der wichtigsten Rechtsvorschriften für den digitalen Bereich vorzunehmen, um die Investitions- und Innovationsfähigkeit der Unternehmen in der EU zu verbessern; stellt fest, dass eine solche Überprüfung sich nicht auf die Auswirkungen auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beschränken, sondern vielmehr den allgemeinen Wettbewerbsrückstand der

EU angehen;

Or. en

Änderungsantrag 248
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. betont, dass die Digitalpolitik, insbesondere in Schwellenländern oder in Bezug auf hochkomplexe Technologien, einem iterativen Ansatz folgen sollte, bei dem Instrumente wie ein strukturierter Dialog mit Unternehmen, Koregulierung und Reallabore eingesetzt werden, um praktische, verhältnismäßige und zukunftssichere Ergebnisse sicherzustellen und gleichzeitig unbeabsichtigte Folgen zu vermeiden; betont, dass technische Fragen gegebenenfalls im Rahmen von Normungsverfahren unter Federführung der Industrie behandelt werden sollten, um die Marktrelevanz und Interoperabilität sicherzustellen; fordert die Kommission auf, diese Methoden systematischer in künftige Initiativen für den digitalen Bereich zu integrieren;

Or. en

Änderungsantrag 249
Jorge Martín Frías, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 21 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21b. fordert die Kommission auf, ein

Omnibus-Paket zur Vereinfachung, Modernisierung und Innovation der digitalen Branche vorzulegen; stellt fest, dass dieses Paket mindestens das KI-Gesetz, die DSGVO, das Datengesetz, das Cybersicherheitsgesetz und die Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation umfassen sollte;

Or. en

Änderungsantrag 250
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. weist erneut darauf hin, wie wichtig gemeinsame Standards für das Funktionieren des Binnenmarkts sind; unterstreicht die entscheidende Bedeutung der transatlantischen und internationalen Zusammenarbeit bei der Standardisierung digitaler Technologien, insbesondere in neu entstehenden Bereichen wie künstlicher Intelligenz und Cloud-Diensten; betont, dass eine von den globalen Märkten isoliert vorgenommen Regulierung das Wirtschaftswachstum Europas, die globale Wettbewerbsfähigkeit und die Expansionsfähigkeit der Unternehmen gefährden könnte; fordert eine Straffung des EU-Normungssystems, um zeitnah zu unter Federführung der Industrie ausgearbeiteten Normen zu gelangen und dabei eine enge Abstimmung innerhalb der transatlantischen Gemeinschaft und mit anderen gleichgesinnten internationalen Partnern sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 251
Jorge Martín Frías, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 21 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21c. fordert die Kommission auf, ein Moratorium für alle neuen Vorschriften für den digitalen Bereich zu verhängen, um eine gründliche Vereinfachung im Rahmen des Omnibus-Prozesses zu erleichtern und für Rechtssicherheit zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 252
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 21 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21d. ist der Ansicht, dass das anstehende Omnibus-Paket zur Vereinfachung im digitalen Bereich mindestens das KI-Gesetz, die DSGVO, die Datenverordnung, die Produkthaftungsrichtlinie und den Rechtsakt zur Cybersicherheit umfassen sollte; stellt fest, dass bei der Ausarbeitung und Durchsetzung von Vorschriften für den digitalen Bereich, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz, dringend eine wettbewerbsorientierte und innovationsfreundliche Denkweise erforderlich ist;

Or. en

Änderungsantrag 253
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev

Entschließungsantrag
Ziffer 21 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	21e. fordert die Kommission auf, im Einklang mit der EU-Agenda für Wettbewerbsfähigkeit und unter Berücksichtigung der strategischen Bedeutung der KI für die europäische Wirtschaft das Inkrafttreten des KI-Gesetzes auf mindestens August 2026 zu verschieben;

Or. en

Änderungsantrag 254
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie ***nach Möglichkeit*** in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;	22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung ***und Automatisierung*** der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, ***sowie zur Erleichterung des Marktzugangs und zur Bewertung der geltenden Rechtsvorschriften*** zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten***, insbesondere für KMU, unter Nutzung digitaler öffentlicher Infrastrukturen wie***

der EU Digital Identity Wallets (Digitale Identitätsbrieftaschen der EU) und des künftigen European Business Wallet, wobei die Kohärenz durch die durchgängige Berücksichtigung dieser Instrumente in allen einschlägigen Legislativvorschlägen („Wallet als Standard“) sichergestellt werden sollte;

Or. en

Änderungsantrag 255
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;	22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten; ***fordert die Kommission auf, die Durchführbarkeit einer solchen digitalen zentralen Anlaufstelle für die Konsolidierung aller bestehenden Berichtspflichten im Rahmen der EU-Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit der grünen und digitalen Agenda und der Produktsicherheit zu prüfen, um den Unternehmen einen zentralisierten und gestrafften Ansatz für die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern;***

Or. en

Änderungsantrag 256
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. ***nimmt*** das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz ***als Schlüsselinstrumente für die*** Verringerung des Verwaltungsaufwands und ***für die*** Straffung der ***Verwaltungsverfahren***, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung***, zur Kenntnis***; ***ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;***	22. ***würdigt*** das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz ***bei der*** Verringerung des Verwaltungsaufwands und ***der*** Straffung der ***Verfahren***, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung;

Or. en

Änderungsantrag 257
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die ***Verringerung*** des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ***ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und***	22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die ***Verschlankung*** des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis;

Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;

Or. de

Änderungsantrag 258
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;	22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten; ***stellt fest, dass der unterschiedliche Digitalisierungsgrad der Verwaltungen in den Mitgliedstaaten ein grenzüberschreitendes Hindernis darstellt, wenn Unternehmen Dienstleistungen in einem anderen Mitgliedstaat anbieten möchten;***

Or. en

Änderungsantrag 259
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;	22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten; ***erkennt gleichzeitig die Gefahren eines ausschließlichen Vertrauens in KI und die Gefahren voreingenommener Algorithmen an;***

Or. en

Änderungsantrag 260
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev, Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 22

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
22. nimmt das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;	22. ***ist der Ansicht, dass künstliche Intelligenz für das Wachstum der EU von überragender Bedeutung ist;*** nimmt ***in diesem Zusammenhang*** das Potenzial der Digitalisierung und der künstlichen Intelligenz als Schlüsselinstrumente für die Verringerung des Verwaltungsaufwands und für die Straffung der Verwaltungsverfahren, einschließlich der Anforderungen an die Meldung, Genehmigung, Zulassung und Einhaltung, zur Kenntnis; ist der Ansicht, dass elektronische Instrumente und Portale für alle Melde- und Verwaltungsanforderungen Standard sein

sollten und dass sie nach Möglichkeit in eine digitale zentrale Anlaufstelle integriert werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 261
Pierre Jouvet

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. stellt fest, dass die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz erhebliche Herausforderungen im Bereich der Rechte des geistigen Eigentums mit sich bringt, insbesondere im Bereich des Urheberrechts; betont, dass die bestehenden Vorschriften, einschließlich des Gesetzes über künstliche Intelligenz, nicht ausreichen, um diese neu auftretenden Probleme anzugehen; hebt den wesentlichen Beitrag der schutzrechtsintensiven Branchen zur Wirtschaftsleistung der EU hervor, die 47,1 % des BIP (6,4 Bio. EUR) erwirtschaften und über 61 Millionen Menschen (29,7 % der Gesamtbeschäftigung) direkt beschäftigen; fordert die Kommission auf, robuste Schutzmaßnahmen zu ergreifen, um Branchen zu schützen, die auf Rechte des geistigen Eigentums angewiesen sind.

Or. en

Änderungsantrag 262
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert die Kommission auf, die Entwicklung von Instrumenten zur Einhaltung von Vorschriften, wie Verhaltenskodizes, zu verbessern, indem sie sicherstellt, dass diese strikt innerhalb der Grenzen der zugrunde liegenden rechtlichen Verpflichtungen bleiben, für Unternehmen jeder Größe praktisch umsetzbar sind und im Rahmen substanzieller und frühzeitiger Konsultationen der Interessenträger ausgearbeitet werden; betont, dass aus den Mängeln beim Verhaltenskodex für Anbieter von Allzweckmodellen der Künstlichen Intelligenz (GPAI) Lehren gezogen werden müssen, um die Schaffung von quasi-regulatorischen Instrumenten zu verhindern, durch die den Akteuren über die gesetzlichen Anforderungen hinausgehende Verpflichtungen auferlegt werden;

Or. en

Änderungsantrag 263
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert die Kommission insbesondere auf, die bestehenden IT-Instrumente, die den Wirtschaftsakteuren und den zuständigen nationalen Behörden zur Verfügung stehen, zu straffen, um relevante Informationen wie Angaben zu Unfällen, Abhilfemaßnahmen und andere Daten zur Sicherheit von Produkten im Binnenmarkt zu melden und zu übermitteln; betont, dass ein einziges IT-Instrument entwickelt werden sollte, um

Zeit und Kosten zu sparen und die Einhaltung und Durchsetzung der Vorschriften zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 264
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert die Kommission auf, konkrete Schritte zur Schaffung einer kohärenten und digitalen Landschaft für den Datenaustausch und die Berichterstattung im gesamten Binnenmarkt zu unternehmen; betont, dass neue Rechtsvorschriften, die den Austausch und die Meldung von Daten vorschreiben, unter Berücksichtigung der Digitalisierung konzipiert werden sollten, damit sichergestellt ist, dass die Anforderungen in Bezug auf den Austausch und die Meldung von Daten datengesteuert und automatisiert gestaltet werden;

Or. en

Änderungsantrag 265
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. hebt hervor, dass eine auf die Digitalisierung ausgerichtete Politikgestaltung und die Interoperabilität

	wichtig sind, um den Verwaltungsaufwand zu verringern, insbesondere durch einen nahtlosen Datenaustausch zwischen Unternehmen und eine automatisierte Berichterstattung von Unternehmen an Behörden; fordert die Kommission auf, diesen Prioritäten in der anstehenden Horizontalen Strategie für den Binnenmarkt Rechnung zu tragen;

Or. en

Änderungsantrag 266
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. betont, dass die Berichtspflichten leicht zu erfüllen sein müssen, beispielsweise über das einheitliche digitale Zugangsportal und andere digitale Portale, und fordert die Kommission auf, weiterhin Möglichkeiten zur Verbesserung und Digitalisierung in diesem Bereich zu prüfen, um den Informationsaustausch und die Einhaltung der Vorschriften zu verbessern, ohne die Unternehmen zu überlasten;

Or. en

Änderungsantrag 267
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin, Anna-Maja Henriksson

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. fordert die Kommission auf, in verschiedenen Rechtsakten gemeinsame Definitionen zu verwenden, um eine einheitliche Auslegung und Anwendung sicherzustellen; fordert darüber hinaus, dass die Digitalisierung von Formularen für behördliche Zwecke in künftigen Rechtsvorschriften zur Norm wird;

Or. en

Änderungsantrag 268
Jorge Martín Frías, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 22 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22a. stellt fest, dass bei der Ausarbeitung und Durchsetzung von Vorschriften für den digitalen Bereich, insbesondere im Bereich der künstlichen Intelligenz, dringend eine wettbewerbsorientierte und innovationsfreundliche Denkweise erforderlich ist;

Or. en

Änderungsantrag 269
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. betont, dass mit dem neuen Rechtsrahmen darauf abgezielt wird, den Binnenmarkt für Waren und die Bedingungen für das Inverkehrbringen

einer breiten Palette von Produkten auf dem EU-Markt zu verbessern; fordert die Kommission auf, diesen Rechtsrahmen zu überarbeiten, um ihn zukunftssicher zu gestalten und seine Anpassungsfähigkeit an sich wandelnde geopolitische Herausforderungen und die Anforderungen des digitalen und ökologischen Wandels sicherzustellen und damit die Wettbewerbsfähigkeit des Binnenmarkts der EU insgesamt zu stärken;

Or. en

Änderungsantrag 270
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. warnt davor, zusätzliche legislative Maßnahmen zu Cloud-Diensten einzuführen, die dazu führen würden, dass der Zugang von EU-Unternehmen zu den innovativsten und wettbewerbsfähigsten Lösungen eingeschränkt würde; betont, dass zunächst die Auswirkungen und die Kohärenz des kürzlich angenommenen Datengesetzes bewertet werden müssen, bevor den Akteuren neue Verpflichtungen in Bezug auf Cloud-Dienste auferlegt werden, die die Einführung dieser Dienste weiter verlangsamen und die Verfügbarkeit dieser Dienste verringern könnten;

Or. en

Änderungsantrag 271
Jorge Martín Frías, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 22 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22b. ist der Ansicht, dass künstliche Intelligenz für das Wachstum der EU von überragender Bedeutung ist; fordert die Kommission und die Regulierungsbehörden in diesem Bereich nachdrücklich auf, einen risikobasierten und innovationsorientierten Ansatz zu verfolgen, um die Einführung von KI-Technologien in der EU nicht zu behindern;

Or. en

Änderungsantrag 272
Jorge Martín Frías, Virginie Joron

Entschließungsantrag
Ziffer 22 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22c. fordert die Kommission im Einklang mit der EU-Agenda für Wettbewerbsfähigkeit und angesichts der Bedeutung der KI für die europäische Wirtschaft auf, bei den Interessenträgern zu sondieren, ob es Unklarheiten bei der Auslegung der Bestimmungen des KI-Gesetzes gibt, wie dies bei Inkrafttreten der Kapitel I und II am 2. Februar der Fall war, wodurch die Kommission sich gezwungen sah, Leitlinien zu veröffentlichen und in diesem Fall das Inkrafttreten der übrigen Bestimmungen aufzuschieben;

Or. en

Änderungsantrag 273
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola

Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 22 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22c. ist besorgt über die langwierigen und komplexen Genehmigungsverfahren in der Union; fordert die Kommission nachdrücklich auf, diese Frage systematisch zu analysieren und zu überprüfen und Maßnahmen zur Angleichung der Zulassungs- und Genehmigungsverfahren an internationale bewährte Verfahren einzuführen, um wettbewerbsfähige Transaktionskosten zu gewährleisten und die Markteinführung von Innovationen in Europa zu erleichtern;

Or. en

Änderungsantrag 274
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 22 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22d. betont, dass unnötige administrative Hindernisse beseitigt werden müssen, um den Wettbewerb und die Effizienz bei Vergabeverfahren zu verbessern, und fordert Maßnahmen zur Straffung der grenzüberschreitenden Vergabe öffentlicher Aufträge, um sicherzustellen, dass Wirtschaftsteilnehmer, die an Ausschreibungen teilnehmen möchten, angemessene, klare und zugängliche Leitlinien erhalten;

Or. en

Änderungsantrag 275
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 22 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22e. betont, dass eine moderne und robuste digitale Infrastruktur erforderlich ist, um die Ambitionen Europas in den Bereichen Digitalisierung und Spitzentechnologien zu fördern; fordert weitere Investitionen in die Entwicklung „digitaler Autobahnen“;

Or. en

Änderungsantrag 276
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 22 f (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	22f. betont, dass es wichtig, dass Europa bei der Festlegung digitaler Standards eine Führungsrolle einnimmt, um seine technologische Souveränität und globale Wettbewerbsfähigkeit sicherzustellen; fordert mehr Investitionen in die Entwicklung und Annahme international anerkannter digitaler Standards;

Or. en

Änderungsantrag 277
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; erkennt die erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;	23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; erkennt die erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden; ***betont, dass eine wirksame Durchsetzung und eine gründliche Analyse der kürzlich eingeführten Verbraucherschutzgesetze und ihrer Auswirkungen wichtig sind; besteht darauf, dass sich neue Gesetzgebungsinitiativen darauf konzentrieren sollten, Lücken in den bestehenden Rechtsvorschriften zu schließen;***

Or. en

Änderungsantrag 278
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; erkennt die erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt	23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; ***betont, dass es erforderlich ist, den Verbraucherschutz weiter zu stärken, insbesondere in Bezug auf falsche oder irreführende Produktinformationen im Bereich des elektronischen Handels;*** erkennt die

wurden;	erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 279
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; erkennt die erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften ***und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten*** erzielt wurden;	23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; erkennt die erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften erzielt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 280
Hanna Gedin

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen ***Verbraucherschutzstandards*** in ganz Europa führen sollte; erkennt die ***erheblichen*** Fortschritte an, die bei der	23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen ***Standards in den Bereichen Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie Verbraucherschutz*** in ganz Europa führen

Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;

sollte; erkennt die Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 281
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ***ganz Europa*** führen sollte; erkennt die erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;	23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ***der EU*** führen sollte; erkennt die erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;

Or. de

Änderungsantrag 282
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 23

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; erkennt die	23. betont, dass die Straffung der Verbraucherschutzvorschriften nicht zu einer Absenkung der derzeit hohen Verbraucherschutzstandards in ganz Europa führen sollte; erkennt die

erheblichen Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;	Fortschritte an, die bei der Stärkung der Verbraucherschutzvorschriften und ihrer Anpassung an neue Technologie- und Nachhaltigkeitsgegebenheiten erzielt wurden;

Or. en

Änderungsantrag 283
Andreas Schwab

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. 23. hebt hervor, dass der rasche Ausbau digitaler Plattformen und des elektronischen Handels zu einer neuen Marktdynamik geführt und den Nutzerinnen und Nutzern neue Chancen, Herausforderungen und Risiken eröffnet hat; erkennt an, dass das Gesetz über digitale Märkte (DMA) und das Gesetz über digitale Dienste (DSA) wichtige Rechtsinstrumente darstellen, die einen fairen Wettbewerb, Bestreitbarkeit und Fairness auf digitalen Plattformen sicherstellen und gleichzeitig ein sichereres, vertrauenswürdigeres und transparenteres digitales Umfeld und den Verbraucherschutz in der digitalen Wirtschaft fördern, und fordert eine ordnungsgemäße Durchsetzung dieser Rechtsvorschriften für den Technologiebereich, um eine echte, autonome und sachkundige Wahl der Verbraucher, ihren Schutz und einen fairen Wettbewerb sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 284
Michał Dworczyk, Piotr Müller, Kosma Złotowski, Marlena Maląg, Ivaylo Valchev,

Stefano Cavedagna

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. betont, dass die anstehende Überarbeitung des Gesetzes über digitale Dienste eine Gelegenheit bietet, die Risikobewertungs- und Risikominderungsmaßnahmen, die nicht nur belastend sind und die Durchsetzungsaufgaben auf private Akteure verlagern, sondern vor allem auch Unzufriedenheit seitens der Öffentlichkeit ausgelöst und das Vertrauen in die Unparteilichkeit des Ansatzes der Kommission in Bezug auf die digitale Governance untergraben haben, neu zu bewerten und erforderlichenfalls zu beseitigen oder zu verschärfen; ist der Ansicht, dass die Wahrung der Meinungsfreiheit der unbedingte und richtungsweisende Grundsatz dieser Bewertung sein muss;

Or. en

Änderungsantrag 285
Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 23 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	23a. begrüßt die Ankündigung der Kommission, ein Gesetz über digitale Fairness vorzulegen, mit dem für eine bessere Umsetzung und Rechtsklarheit gesorgt werden soll, indem bestehende Rechtslücken zwischen der UGPRL, der AVMD-Richtlinie und dem Gesetz über digitale Dienste geschlossen werden und

dadurch der Verbraucherschutz in der gesamten EU verbessert wird; betont, dass auch präzisere EU-Vorschriften für bestimmte Online-Verfahren erforderlich sind, um einen gut funktionierenden Binnenmarkt sicherzustellen, indem unterschiedliche Rechtsvorschriften, Auslegung und Durchsetzung auf nationaler Ebene vermieden werden;

Or. en

Änderungsantrag 286
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;	24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher ***auf der Grundlage von Erkenntnissen über das Verbraucherverhalten***; ***stellt fest, dass laut dem Verbraucherbarometer 2025 die meisten Verbraucher ihre Rechte nicht kennen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Kampagnen zur Sensibilisierung der Verbraucher zu entwickeln;***

Or. en

Änderungsantrag 287
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag

Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;	24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; ***betont, dass es wichtig ist, übermäßige oder redundante Informationspflichten zu vermeiden, die den Unternehmen unnötige Belastungen auferlegen können, ohne das Verständnis der Verbraucher zu verbessern;*** fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;

Or. en

Änderungsantrag 288
Adnan Dibrani, Maria Guzenina, Elisabeth Grossmann, Biljana Borzan, Marc Angel, Alex Agius Saliba, Pierfrancesco Maran, Christel Schaldemose, Johan Danielsson

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze ***weiterhin*** auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;	24. bekräftigt, dass Verbraucherschutzgesetze ***zwar größtenteils*** auf Grundsätzen basieren***, aber auch strengere Vorschriften enthalten sollten, die mehr Rechtssicherheit für Unternehmen und Verbraucher schaffen,*** und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;

Or. en

Änderungsantrag 289

Alice Kuhnke
im Namen der Verts/ALE-Fraktion
Anna Cavazzini

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten***;*** fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;	24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin ***größtenteils*** auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten***, aber genügend Flexibilität aufweisen sollten, um bei Bedarf verbindliche Vorschriften im Interesse der Rechtssicherheit festlegen zu können;*** fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;

Or. en

Änderungsantrag 290
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;	24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten***, wobei das Vorsorgeprinzip weiterhin das Leitprinzip der Verbraucherschutzvorschriften sein sollte***; fordert verhältnismäßige und zweckorientierte Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;

Or. en

Änderungsantrag 291
Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze ***weiterhin*** auf ***Grundsätzen*** basieren und ***zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent*** sein sollten; ***fordert verhältnismäßige und zweckorientierte*** Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;	24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze auf ***Kernprinzipien*** basieren und ***in den verschiedenen Rechtsrahmen einheitlich*** sein sollten; ***spricht sich für*** Verpflichtungen zur Information der Verbraucher ***aus, die verhältnismäßig sind und einem klaren Zweck dienen***;

Or. en

Änderungsantrag 292
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 24

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert ***verhältnismäßige und zweckorientierte*** Verpflichtungen zur Information der Verbraucher;	24. bekräftigt, dass die Verbraucherschutzgesetze weiterhin auf Grundsätzen basieren und zwischen verschiedenen Rechtsinstrumenten kohärent sein sollten; fordert ***vollumfängliche*** Verpflichtungen zur ***wahrheitsgemäßen*** Information der Verbraucher;

Or. de

Änderungsantrag 293
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 24 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	24a. forderte die harmonisierte Einführung der digitalen Kennzeichnung und des digitalen Produktpasses (DPP) in der Produktgesetzgebung der EU; betont ihr Potenzial, den Verwaltungsaufwand zu verringern, den Zugang der Verbraucher zu genauen Informationen zu verbessern und die mehrsprachige Interoperabilität zu unterstützen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, gemeinsame Standards und detaillierte Leitlinien auszuarbeiten, um eine Fragmentierung zu vermeiden und die Beteiligung von KMU am grenzübergreifenden Handel zu erleichtern;

Or. en

Änderungsantrag 294
Henrik Dahl, Kamila Gasiuk-Pihowicz, Zala Tomašič, Arba Kokalari, Aura Salla, Dimitris Tsiodras, Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8];	25. fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8]***, wobei der Schwerpunkt auf der Verbesserung der grenzübergreifenden Durchsetzung, insbesondere gegen unlautere Praktiken von Nicht-EU-Händlern und Online-Marktplätzen, liegen sollte***;
[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die	[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die

Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.	Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.

Or. en

Änderungsantrag 295
Anna-Maja Henriksson, Sandro Gozi, Svenja Hahn, Morten Løkkegaard, Nikola Minchev, Jeannette Baljeu, Stéphanie Yon-Courtin, Veronika Cifrová Ostrihoňová

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8];	25. ***fordert die Kommission nachdrücklich auf, digitale Instrumente zu nutzen, um die Transparenz und das Vertrauen der Verbraucher in grenzübergreifende Transaktionen zu erhöhen;*** fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8];
[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.	[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.

Or. en

Änderungsantrag 296

Petr Bystron

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. fordert ***verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch*** eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8];	25. fordert eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8];
[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.	[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.

Or. en

Änderungsantrag 297
Sandro Gozi, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8];	25. fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher***, einschließlich kollektiver Rechtsbehelfe,*** und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine Überarbeitung der Verordnung über die Zusammenarbeit im Verbraucherschutz
[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des	[8] Verordnung (EG) Nr. 2017/2394 des

Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.	Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 9.12.2004, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.

Or. en

Änderungsantrag 298
Arno Bausemer

Entschließungsantrag
Ziffer 25

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
25. fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine ***Überarbeitung der Verordnung über die*** Zusammenarbeit im Verbraucherschutz[8] ;	25. fordert verstärkte Rechtsschutzmechanismen für Verbraucher und die uneingeschränkte Durchsetzung der Verbraucherrechte in der EU, unter anderem durch eine ***verbesserte*** Zusammenarbeit ***der Mitgliedstaaten untereinander*** im Verbraucherschutz;

[8] Verordnung (EU) 2017/2394 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Dezember 2017 über die Zusammenarbeit zwischen den für die Durchsetzung der Verbraucherschutzgesetze zuständigen nationalen Behörden, ABl. L 345 vom 27.12.2017, S. 1, ELI: http://data.europa.eu/eli/reg/2017/2394/oj.

Or. de

Änderungsantrag 299
Dimitris Tsiodras

Entschließungsantrag
Ziffer 25 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	25a. weist darauf hin, dass es wichtig ist, die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen zuständigen Behörden der Mitgliedstaaten zu stärken, unter anderem durch koordinierte Projekte für die gemeinsame Durchsetzung und einen vereinfachten Informationsaustausch;

Or. en